

Grundsatzprogramm



Heimat mit Zukunft!



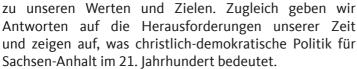
Grusswort von

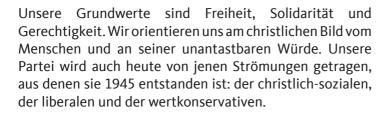
Thomas Webel,

Vorsitzender der CDU in Sachsen-Anhalt und Minister für Landesentwicklung und Verkehr

Die CDU – Volkspartei der Mitte

Mit unserem Grundsatzprogramm "Heimat mit Zukunft" bekennen wir christliche Demokraten uns im Bewusstsein unserer Verantwortung vor Gott und den Menschen





Die CDU ist die große Volkspartei der Mitte. Gemeinsam mit den Menschen haben wir die entscheidenden Weichenstellungen für unser Land für mehr Freiheit, Gerechtigkeit und Sicherheit vorgenommen: Soziale Marktwirtschaft, Westbindung, Deutsche Einheit und europäische Einigung sind Kernpunkte unserer erfolgreichen Politik.

Unsere Grundsätze bilden die Richtschnur für unser praktisches politisches Handeln. Wir denken Politik nicht von den Rändern, sondern von der Mitte her.



Fairer Wettbewerb und soziale Verantwortung gehören für uns genauso untrennbar zusammen, wie das Prinzip: "Keine Leistung ohne Gegenleistung". Wir setzen auf gesellschaftlichen Zusammenhalt, nicht auf Spaltung.

Wir wissen, dass man auf Dauer nur ausgeben kann, was man zuvor auch erwirtschaftet hat. Die Vielfalt der Möglichkeiten ziehen wir der Einheitslösung vor.

Für uns steht das Individuum im Zentrum unserer Überlegungen, nicht das Kollektiv. Wir wissen um die Fehlbarkeit des Menschen und um die Grenzen der Politik. Ideologisierungen von Links und Rechts setzen wir pragmatische Lösungen aus der Mitte unserer Gesellschaft entgegen.

Auf der Grundlage dieses klaren, wertegebundenen Kompasses gestalten wir in einer Welt der ständigen Veränderungen, zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern, unser Land erfolgreich als eine Heimat mit Zukunft.

Thomas Webel

GRUNDSATZPROGRAMM DER CDU SACHSEN-ANHALT

Heimat mit Zukunft

Beschluss des 23. Landesparteitages der CDU Sachsen-Anhalt am 09.11.2013 in Magdeburg

Inhaltsverzeichnis

		Seite
1.	Unsere Identität als christliche Demokraten	6
2.	Familie und Gleichstellung	9
3.	Bildung, Kultur und Medien	17
4.	Wissenschaft und Wirtschaft	22
5.	Umwelt und Energie	27
6.	Arbeit, Gesundheit und Soziales	32
7.	Steuern und Finanzen	37
8.	Landesentwicklung und Verkehr	39
9.	Inneres und Sport	43
10.	Kommunales	48
11.	Recht und Justiz	53
12.	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	57
13.	Bundes- und Europaangelegenheiten	63

1. Unsere Identität als christliche Demokraten – Menschenbild und Grundwerte der CDU

Die Volkspartei der Mitte

Die CDU in Sachsen-Anhalt ist die Volkspartei der Mitte. Sie ist die Sachsen-Anhalt Partei und wendet sich an alle Menschen in allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Unsere Politik beruht auf dem christlichen Verständnis des Menschen und seiner Verantwortung vor Gott.

Das christliche Menschenbild ist die ethische Grundlage für unsere verantwortungsvolle Politik. Wir wissen, dass sich aus christlichem Glauben kein bestimmtes politisches Programm ableiten lässt. Die CDU ist für jeden offen, der Würde, Freiheit und Gleichheit aller Menschen anerkennt und die hieraus folgenden Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Auf diesem Fundament baut unser gemeinsames Handeln in der CDU auf.

Die CDU wurde von Bürgerinnen und Bürgern gegründet, die nach dem Scheitern der Weimarer Republik, den Verbrechen des Nationalsozialismus und angesichts des kommunistischen Herrschaftsanspruchs nach 1945 die Zukunft Deutschlands mit einer christlich geprägten Volkspartei gestalten wollten. In ihr fanden sich katholische und evangelische Christen, Frauen und Männer aus allen Regionen und sozialen Schichten zusammen. Die CDU hat konservative, liberale und christlich-soziale Wurzeln. In Sachsen-Anhalt stehen dafür die Gründungsväter Dr. Leo Herwegen, Jacob Kaiser und Erich Fascher. Auf der Grundlage gemeinsamer Wertüberzeugungen haben Mitglieder der CDU im Parlamentarischen Rat an der Erarbeitung des Grundgesetzes aktiv mitgewirkt und für Jahrzehnte die politischen Grundentscheidungen im freien Teil Deutschlands bestimmt – zum Beispiel die Soziale Marktwirtschaft, alle großen Sozialgesetze, die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft und die Einigung Deutschlands und Europas. Der CDU im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands blieb dies verwehrt. Von aufrechten Frauen und Männern gegründet, war die CDU – wie andere frei gegründete Parteien auch – in der sowjetischen Besatzungszone bereits kurz nach ihrer Gründung schweren Repressalien durch die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) ausgesetzt. Etliche Mitglieder mussten ihr Bekenntnis zu unserer Partei und ihren Widerstand gegen die Politik der SED sogar mit dem Leben bezahlen. Während die KPD eine andere frei gegründete Partei, die SPD, zwangsvereinigte, wurde der CDU (Ost) die Rolle einer Blockpartei aufgezwungen. Trotzdem hielten viele aufrechte Freunde die Idee der christlichen Demokratie auch in Zeiten der SED-Diktatur wach. Sie versuchten, in den sich bietenden Freiräumen zu wirken und konnten so einen Beitrag zur friedlichen Revolution leisten. Gleichwohl hat die CDU in der DDR im totalitären System der SED-Diktatur mitgewirkt. Die CDU nimmt die ganze Geschichte Deutschlands und damit auch die der eigenen Partei an und stellt sich dem notwendigen Prozess der Aufarbeitung und Erneuerung.

Wir wissen um die verheerenden Folgen totalitärer Machtsysteme und setzen das Werteverständnis des christlichen Menschenbildes allen Formen des politischen und religiösen Radikalismus oder Extremismus entgegen.

Die geistigen und politischen Grundlagen der CDU finden sich in der katholischen Soziallehre und der Sozialethik der evangelischen Kirche, in der liberalen Tradition der Aufklärung, in der wertkonservativen Pflege von Bindungen, im christlich und patriotisch motivierten Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Das politische Credo der CDU ist ein demokratischer, stabiler, aber nicht allmächtiger Staat, der die bürgerlichen Freiheiten wahrt und seine Bürger nicht bevormundet. In diesem Sinne setzen wir uns für das Subsidiaritätsprinzip bis in alle Gliederungen unseres Staatswesens ein.

Zur Identität der CDU gehören auch die friedliche Revolution von 1989, die die kommunistische Diktatur der DDR überwand, und die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes. Die Leistungen und die Erfahrungen von Bürgerinnen und Bürgern aus den neuen Ländern bereichern unser Gemeinwesen und die CDU. Die CDU ist die Partei der deutschen Finheit.

Unser christliches Menschenbild und unsere Grundwerte

Für uns ist der Mensch von Gott nach seinem Bilde geschaffen. Aus dem christlichen Bild des Menschen folgt, dass wir uns zu seiner unantastbaren Würde bekennen. Die Würde aller Menschen ist gleich, unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe, Nationalität, Alter, von religiöser und politischer Überzeugung, von Behinderung, Gesundheit und Leistungskraft, von Erfolg oder Misserfolg und vom Urteil anderer. Wir achten jeden Menschen als einmalige Person in allen Lebensphasen. Die Würde des Menschen - auch des ungeborenen und des sterbenden - ist unantastbar.

Als Christdemokraten betrachten wir das Leben als Geschenk, das wir aus Gottes Hand empfangen haben. Alle menschliche Würde und Freiheit gründet darin, dass Lebensanfang und -ende nicht in der Macht des einzelnen Menschen stehen. Wir betonen daher besonders die Unverfügbarkeit des Lebens.

Aus der Würde des Menschen erwächst sein Recht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit und zugleich die Verantwortung gegenüber dem Nächsten. Der Mensch besitzt die Freiheit zur sittlichen Entscheidung. Er steht nach unserem christlichen Verständnis in der Verantwortung vor Gott und vor seinem Gewissen und ist auf Gemeinschaft mit seinen Mitmenschen angelegt.

Gleichwohl kennt unser christliches Verständnis den Menschen nach dem Sündenfall auch in seiner Ambivalenz in der Hinneigung zum Guten oder zum Bösen. Jeder Mensch ist Schuld und Irrtum ausgesetzt.

Darum sind auch der Planungs- und Gestaltungsfähigkeit der Politik Grenzen gesetzt. Der Mensch braucht also haltende Kräfte und begrenzende Vorgaben. Diese Einsicht bewahrt uns vor ideologischen Heilslehren und einem totalitären Politikverständnis. Sie schafft Bereitschaft zur Versöhnung.

Wir verstehen den Menschen als Teil der Schöpfung. Es steht ihm nicht zu, nach Belieben über die Natur zu verfügen. Sie ist uns zur Gestaltung und Bewahrung anvertraut. Wir sind dafür verantwortlich, dass wir sie den nachfolgenden Generationen funktionsfähig weitergeben.

Auf diesem Menschenbild beruhen die Grundlagen der demokratischen Rechts- und Verfassungsstaaten. Das gilt auch für diejenigen, die Würde, Gleichheit und Freiheit des Menschen nicht aus dem christlichen Glauben herleiten.

Aus der Anerkennung der gleichen und unveräußerlichen Würde eines jeden Menschen leiten sich unsere Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ab.

Freiheit in Verantwortung vor Gott und den Menschen

Unser freiheitlicher Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Wertüberzeugungen lassen sich nicht staatlich verordnen. Sie bilden vielmehr den gewachsenen gesellschaftlichen Konsens, aus dem heraus Freiheit und Verantwortung gelebt werden.

Wir bekennen uns zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und zur Landesverfassung des Bundeslandes Sachsen-Anhalt und damit zu unserer Verantwortung vor Gott und den Menschen. Das Grundgesetz und unsere Landesverfassung beruhen auf Werten, die christlichen Ursprungs sind. Sie haben unser Land und unsere Gesellschaft grundlegend geprägt. Sie im Bewusstsein zu halten, zu bewahren und ihnen Geltung zu verschaffen,

verstehen wir nicht nur als Aufgabe der christlichen Kirchen, sondern auch als eine vorrangige Aufgabe von Staat und Bürgern. Christliche Symbole müssen im öffentlichen Raum sichtbar bleiben. Sie sind ebenso zu schützen wie die christlich geprägten Sonn- und Feiertage.

Gleichzeitig erkennen wir an, dass auch andere Religionen Werte vermitteln, die einen positiven Einfluss auf unsere Gesellschaft und unsere freiheitliche Grundordnung ausüben können. Wir achten alle Religionszugehörigkeiten. Wir erwarten von allen Angehörigen der unterschiedlichen Religionen die gegenseitige Achtung und die Einhaltung des Grundgesetzes und unserer Rechtsordnung. In Anbetracht unserer Geschichte tragen wir eine besondere Verantwortung für die jüdischen Gemeinden in unserem Land. Sie sind Teil unserer Kultur und ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Gesellschaft.

Wir bekennen uns zur Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der christlichen Kirchen und der anerkannten Religionsgemeinschaften. Wir sehen sie in der Mitverantwortung für das Gemeinwohl und bekennen uns daher zum bestehenden System der Erhebung von Kirchensteuern. Wir stehen zu den abgeschlossenen Staatskirchenverträgen und zum Staatsvertrag mit der Jüdischen Gemeinschaft. Wir anerkennen ihre vorbildlichen Leistungen im praktischen Dienst am Nächsten. Die Freiheit der Kirchen und Religionsgemeinschaften, in die Gesellschaft hinein zu wirken, muss unantastbar bleiben. Unsere freiheitliche Rechtsordnung garantiert das Recht auf freie Religionsausübung. Wir wollen den ständigen Dialog der Religionen unterstützen.

2. Familie und Gleichstellung

Zukunftsfähige, aktive und moderne Familienpolitik

Familie ist überall dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern Verantwortung tragen. Familien haben einen herausragenden Wert für unsere Gesellschaft. Insbesondere junge Familien mit kleinen Kindern, Familien in besonderen Belastungssituationen und Familien, in denen Angehörige der älteren Generation gepflegt werden, brauchen Unterstützung.

Die Ehe ist für uns das Leitbild. Auf der Grundlage unserer christlichen Werte und kulturellen Prägungen erweist sie sich als stabilste Lebensgemeinschaft. Ehe und Familie genießen zu Recht den Schutz des Grundgesetzes und unserer Gesellschaft. Wir respektieren die Entscheidung von Menschen, die

in anderen Formen der Partnerschaft ihren Lebensentwurf verwirklichen. Wir erkennen an, dass auch in solchen Beziehungen Werte gelebt werden, die grundlegend für unsere Gesellschaft sind. Dies gilt nicht nur für nichteheliche Beziehungen zwischen Frauen und Männern, sondern auch für gleichgeschlechtliche Partnerschaften. Wir werben für Toleranz und wenden uns gegen jede Form von Diskriminierung. Eine Gleichstellung mit der Ehe zwischen Mann und Frau als Kern der Familie lehnen wir jedoch ebenso ab wie ein Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare.

Die Familie ist der Schutzraum, in dem sich individuelle Fähigkeiten der Kinder entwickeln können, Solidarität gelebt wird und für unsere Gesellschaft existenzielle Werte und Tugenden weitergegeben werden. Ohne Kinder und Jugendliche hat eine Gesellschaft keine Zukunft. Für uns ist Kinderlärm Zukunftsmusik. Für Familien bedeuten Kinder bzw. Enkelkinder vor allem Glück und Erfüllung. Kinder zu haben, muss wieder als Bereicherung und nicht als Belastung empfunden werden. Dazu gehört auch der Schutz des ungeborenen Lebens.

Unser vorrangiges Ziel ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Menschen in unserem Land Arbeit und Auskommen ermöglichen und Familien mit Kindern mehr Anerkennung zollen. Familienpolitik ist für uns ein wichtiges Politikfeld und eine ressortübergreifende Daueraufgabe. Vor dem Hintergrund einer älter werdenden Gesellschaft ist eine zukunftssichernde Familienpolitik auch nachhaltige Generationenpolitik.

Familienförderung bedeutet mehr als nur die Erhöhung der Geburtenrate in unserem Land. Wir wollen, dass Sachsen-Anhalt weiterhin ein kinder- und familienfreundliches Land bleibt, wo gute Bedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, eine familienorientierte Dienstleistungs-, Wohn- und Infrastruktur und eine hohe Qualität der vorschulischen und schulischen Bildung sowie der Ausbildung geboten werden.

Wir wollen die Wünsche von Frauen und Männern nach Kindern fördern, indem Hindernisse abgebaut werden, die der Realisierung von Kinderwünschen entgegenstehen, und Anreize schaffen, den Kinderwunsch zu verwirklichen. Wir wollen die Erziehungskraft der Familie stärken. Sie ist durch staatliche Hilfen umfassend zu unterstützen, aber nicht zu ersetzen.

Rollen von Müttern und Vätern stärken

Ein modernes Verständnis der Rollen von Frauen und Männern ist die Basis für eine kinderorientierte Politik. Mütter und Väter müssen die Sicherheit haben, dass ihre Entscheidung für Kinder Respekt und Unterstützung

verdient und nicht im Widerspruch zu ihren sonstigen persönlichen oder beruflichen Wünschen stehen muss. Sie sollen in partnerschaftlicher Weise Verantwortung für ihre Familien übernehmen können. Das schließt ein Familienmodell ein, bei dem sich Eltern partnerschaftlich darauf einigen, ob nur ein Elternteil während der Betreuungszeit einer Erwerbstätigkeit nachgeht oder beide.

Die Erwerbstätigkeit von Müttern und die Familienarbeit von Vätern sind neben anderen Lebensentwürfen gelebte Normalität. Frauen und Männer sind gleichberechtigt an Erwerbs- und Familienarbeit beteiligt. Wir lehnen es ab, Familien- und Erwerbsarbeit gegeneinander auszuspielen.

Gleichberechtigt leben

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Entfaltung. Chancengerechtigkeit und die Befähigung zu eigenverantwortlicher Lebensgestaltung ist daher unser Ziel. Eine erfolgreiche Familienpolitik bedeutet daher auch immer eine konsequente Gleichstellungspolitik. Berufliche Karriere und das Leben mit Kindern sind keine konkurrierenden Wünsche, sie sind als reale Lebenspläne von der Wirtschaft und Politik zu unterstützen.

Wir setzen uns für eine konsequente Frauenförderung in Führungspositionen ein. Wir wollen, dass Familienzeiten wegen Kindererziehung oder Pflege von älteren Angehörigen auch durch einen problemlosen Wiedereinstieg in das Berufsleben honoriert werden.

Das große Interesse am bundesweiten Girls- und Boys'Day zeigt, sowohl geschlechtsspezifische und rollenspezifische Prägungen sollen bei der Berufswahl ohne Bedeutung sein. Gerade bei den nach wie vor von Frauen dominierten sozialen Berufen wünschen wir uns einen größeren Anteil von pflegenden oder erziehenden Männern.

Uneingeschränkte Teilhabe in allen Bereichen der Gesellschaft gewährleisten

Wirwollen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und die Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen und altersbedingten Einschränkungen für die Zukunft sichern. Das bedeutet, dass wir die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass Menschen mit solchen Einschränkungen gleichberechtigt am kulturellen, sozialen, beruflichen und politischen Leben teilnehmen können. Teilhabe bedeutet, dass die Solidargemeinschaft Menschen mit Behinderungen oder Einschränkungen dort unterstützt, wo individuelle Nachteile auszugleichen sind. Es gilt, den selbstverständlichen Umgang

zwischen Behinderten und Nichtbehinderten – mit ihren jeweiligen Stärken und Schwächen – schon im Kindesalter zu erlernen. Dies gelingt am besten durch gemeinsame Bildung und Erziehung in den Familien, in den Kindereinrichtungen und in den Schulen. Gleichwohl muss das Kind mit seinen Grenzen und Möglichkeiten im Mittelpunkt stehen, um es bestmöglich zu fördern und vor Überforderung zu schützen.

Barrierefreiheit für alle Arten von Behinderung oder Einschränkung und damit das jeweils geeignete Lebensumfeld zu schaffen, das vom Kleinkind bis zum Erwachsenen im Erwerbsalter und bis hin zum Hochbetagten Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben ermöglicht, muss ein gesamtgesellschaftliches Ziel sein und umfasst alle Bereiche des Lebensalltags gleichermaßen wie Mobilität, Bildung, Gesundheitswesen, die öffentliche Verwaltung, behindertengerechtes Wohnen sowie auch kulturelle Einrichtungen und den Sport.

Kinderwünsche fördern

Zur Stärkung der Familie sollen Eheschließungen durch zinslose und einkommensunabhängige Familienstandsdarlehen gefördert werden. Um Paaren mit medizinisch indizierter Unfruchtbarkeit den Wunsch nach eigenen Kindern zu ermöglichen, dürfen künstliche Befruchtungen nicht am Geldbeutel der Eltern scheitern. Mit einem die Bundeshilfen ergänzenden Landesgeld wollen wir diese unterstützen.

Familie und Beruf vereinbaren

Der Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben kommt eine hohe Bedeutung zu. Das Einkommen aus Erwerbstätigkeit ist Existenz sichernde Grundlage für Menschen. Müttern und Vätern darf keine Benachteiligung beim Arbeitseinkommen, beim beruflichen Fortkommen und Aufstieg und bei der Arbeitszeitgestaltung entstehen. Eine familienbewusste Personalpolitik bietet Vorteile für die Unternehmen. Ziel ist es, die Bedürfnisse von Unternehmen an die Flexibilität ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit den Bedürfnissen von Müttern und Vätern in Einklang zu bringen. Wir brauchen eine familienfreundlichere Personal- und Wirtschaftspolitik. Diese wollen wir gemeinsam mit der Wirtschaft ausgestalten.

Familienleistungen anerkennen

Die in der Familie erworbenen besonderen Fähigkeiten und Erfahrungen sollen bei Einstellungen und Beförderungen im öffentlichen Dienst im Rahmen der Beurteilung von Leistung, Eignung und Befähigung berücksichtigt werden. Wir befürworten die Einführung des Elterngeldes und die Teilung von Erziehungszeiten, um beiden Elternteilen die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt zu erleichtern.

Die Modelle der sozialen Sicherung in Deutschland stehen vor einer harten Bewährungsprobe. Eine Neuausrichtung ist nötig. Durch die Einführung privater Absicherungselemente und Eigenbeteiligungen dürfen Familien mit Kindern nicht benachteiligt werden. Bei einer Reform der sozialen Sicherungssysteme müssen die Bedürfnisse von Familien oberste Priorität haben.

Vor allem von Frauen wird gegenwärtig nach wie vor die unbezahlte Familienund Erziehungsarbeit geleistet. Diese gilt es stärker als bisher etwa bei der Rentenversicherung zu berücksichtigen.

Steuer- und Abgabenpolitik familiengerecht gestalten

Familien mit Kindern sind erheblichen finanziellen Belastungen ausgesetzt, ohne dass ihr gesellschaftlicher Beitrag ausreichend gewürdigt wird. Eine Unterbrechung der Berufstätigkeit zugunsten der Kindererziehung bedeutet immer noch massive Einkommensverluste für die Familie.

Die bestehenden Einkommensdifferenzen zwischen Frauen und Männern verhindern insbesondere, dass sich mehr Väter für die Inanspruchnahme der Elternzeit entscheiden. Ein Kind darf nicht als finanzielle Belastung empfunden werden.

Durch Einführung einer Kinderkomponente setzen wir uns für eine Ausweitung des Ehegattensplittings zum Familiensplitting ein. Eltern, die aufgrund eines geringen Einkommens von dem Steuerfreibetrag nicht profitieren können, soll ein Kindergeld in angemessener Höhe gezahlt werden.

Gebühren und Abgaben belasten Familien mit Kindern oftmals unverhältnismäßig. Wir brauchen unter Schaffung entsprechender gesetzlicher Grundlagen im Abgaben- und Gebühren recht eine Umschichtung. Dazu müssen die kommunalen Gebühren und Abgaben überprüft werden. Darüber hinaus setzen wir uns für Ermäßigungen bei der Inanspruchnahme von öffentlichen Dienstleistungen und familienfreundliche Angebote zur Nutzung des ÖPNV ein.

Qualität der Bildung stetig weiterentwickeln

Gute Bildung bedeutet bessere Zukunftschancen. Dies setzt einen ungehinderten Zugang zu Bildung voraus. Hohe Bildungsstandards eröffnen bessere Chancen für einen gleichberechtigten Zugang von Frauen und Männern zu Existenz sichernder Beschäftigung.

Die CDU Sachsen-Anhalt setzt sich für den Bestand und für die qualifizierte Weiterentwicklung des guten Kinderbetreuungsangebotes von Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege ein. Wer verantwortlich für Bildung von Anfang an eintritt, muss zur kontinuierlichen qualifizierten Aus-, Fort- und Weiterbildung bereit sein. Neben der Bereitschaft des Einzelnen zur stetigen Verbesserung seiner Qualifizierung gehört dazu auch die Selbstverpflichtung der jeweiligen Träger.

Wir wollen die Zusammenarbeit von Schulen, Kindertageseinrichtungen und Tagespflege stärker vernetzen.

Alle Kinder sollen einen Rechtsanspruch auf eine ganztägige Bildung und Betreuung haben. Mehrkind-Familien wollen wir dabei finanziell entlasten. Flexible Öffnungs- und Betreuungszeiten, Tagespflegestellen, Betriebskindergärten und mobile Angebote sollen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf beitragen. Das Recht der Eltern auf freie Wahl der Kindertagesstätte muss gewährleistet bleiben.

Eltern in ihrer Kompetenz stärken

Im Sinne des Erziehungsprimats und des Subsidiaritätsgedankens sehen wir die Eltern an erster Stelle in der Verantwortung für die Erziehung und Bildung von Kindern. Erst wenn Eltern diesem Auftrag – aus welchen Gründen auch immer – nicht nachkommen können, sollen staatliche Stellen eingreifen. Dabei hat die Hilfe zur Selbsthilfe Vorrang vor anderen behördlichen Maßnahmen. Durch entsprechende Beratungsangebote und eine Familienbildung, die allen Familien zugänglich ist, wollen wir Eltern in ihrer Kompetenz stärken.

Kinder und Jugendliche schützen

Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf eine gewaltfreie Erziehung. Neben den bestehenden gesetzlichen Regelungen ist der Schutz von Kindern vor physischem und psychischem Missbrauch nicht nur eine Aufgabe von Behörden und anderen staatlichen Stellen, sondern aller Bürger. Dazu gehören auch Aufklärungskampagnen zu den Folgen des Missbrauchs von legalen und illegalen Drogen. Daneben treten wir dafür ein, dass Medienkunde, zum

Beispiel zur Nutzung von sozialen Netzwerken im Internet, Bestandteil der Lehrpläne in den Schulen Sachsen-Anhalts wird.

Jugendlichen Freiräume in der Gesellschaft schaffen

Jugendliche bzw. junge Menschen brauchen Freiräume, um sich in ihrer Freizeit auszuprobieren, um Erfahrungen zu machen, die ihre Persönlichkeit mitformen. Durch die Gesellschaft sind entsprechende Freiräume zu schaffen bzw. zu erhalten. Dies kann zum Beispiel in Form von Kinderund Jugendfreizeiteinrichtungen sowie im Sport erfolgen. Dabei sind die Möglichkeiten der Selbstverwaltung und damit die Übertragung von Verantwortung an die Jugendlichen weitestgehend auszuschöpfen. Solche Angebote brauchen eine sichere finanzielle Basis. Die CDU wird sich daher aus einem übergeordneten landesweiten Interesse für die Fortführung und Weiterentwicklung der entsprechenden Finanzierungsinstrumente (z.B. Jugendpauschale, Fachkräfteprogramm, Sportförderung) einsetzen. Darüber hinaus muss es im eigenen Interesse der Kommunen liegen, die Kinder- und Jugendarbeit als Pflichtaufgabe verantwortungsvoll wahrzunehmen und entsprechend finanziell zu sichern.

Weltoffenheit und Toleranz bei Kindern und Jugendlichen fördern

In Zeiten zunehmender Globalisierung ist es wichtig, dass Kinder und Jugendliche erkennen, welche Möglichkeiten sich hierdurch ergeben. Gleichzeitig ist die Vermittlung eines Heimatgefühls und das Bewusstsein für die reiche Geschichte unseres Landes die Basis für den Austausch mit Menschen aus anderen Ländern. Nur wer weiß, wo seine eigenen Wurzeln liegen, kann mit offenem Geist auf andere zugehen und vorurteilsfrei deren Lebenswelten kennenlernen.

Kinder und Jugendliche zu einem selbstverantworteten Leben erziehen

Unser Ziel ist es, Kinder und Jugendliche durch Erziehung und Bildung zu einem Leben in Selbstverantwortung zu erziehen. Dies kann nicht allein Aufgabe von Schule und anderen öffentlichen Angeboten sein. Gerade der liebe- und respektvolle Umgang mit Eltern und Familie legt das Fundament für ein sinnerfülltes und glückliches Leben. Dazu gehört auch die Etablierung von dauerhaften Instrumenten, um einen möglichst reibungslosen Übergang von der Schule in eine berufliche Ausbildung sicherzustellen.

Insbesondere benachteiligte Jugendliche sind häufig auf Unterstützung bei diesem Übergang angewiesen. Durch Modellprojekte wollen wir Jugendliche

beim Übergang von Ausbildung in Beruf besser unterstützen sowie behindernde Schnittstellen zwischen Jugendhilfe und anderen Hilfesystemen wie SGB II, SGB III und SGB XII abbauen.

Soziale Infrastruktur und Wohnen familienfreundlich gestalten

Zentral für Bedürfnisse von Familien ist ihre Wohnsituation. Möglichkeiten, Wohneigentum günstig zu erwerben, bezahlbare Mietwohnungen und ein breites Angebot an familien-, kind- und altersgerechten Wohnungen und Häusern bieten Sicherheit für Familien in Sachsen-Anhalt.

Wohnortnahe Dienstleistungen, wie Kindergärten, Ärzte und Einkaufsmöglichkeiten, die Schaffung sicherer Schulwege, barrierefreier Zugänge zum ÖPNV sowie von Sport- und Spielmöglichkeiten, sind wichtige Eckpunkte einer kinderfreundlichen Stadtplanung, um schon durch die Umfeldgestaltung Signale zu setzen, dass in Sachsen-Anhalt Kinder oberste Priorität haben. Wir wollen für Familien einen besonderen Zugang zu Wohn- und Grundeigentum schaffen. Dazu wollen wir die landeseigene Wohneigentumsförderung weiterentwickeln und um ein Baukindergeld ergänzen.

Bei der Gestaltung des unmittelbaren Lebensumfeldes setzen wir uns für eine aktive Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ein. Die Instrumente reichen dabei von Gesprächen zur Gestaltung eines neuen Spielplatzes bis hin zu Kinder- und Jugendgemeinderäten bzw. zum Kinder- und Jugendparlament. Dabei kommt es darauf an, Anliegen, Anregungen und Kritik der Kinder und Jugendliche ernst zu nehmen und sorgfältig zu prüfen. Kinder und Jugendliche werden sensibilisiert, an demokratischen Prozessen mitzuwirken. So wird frühzeitig das Bewusstsein für die Wichtigkeit der Beteiligung an demokratischen Entscheidungen, wie Wahlen, entwickelt und gestärkt.

Für eine zukunftsfähige, aktive und moderne Familienpolitik brauchen wir ein Umdenken. Wir brauchen – unter Einbindung von Politik, den bestehenden Organisationen, Verbänden und Strukturen auf Landes- und kommunaler Ebene – eine gemeinsame Politikoffensive und ein breit angelegtes Bündnis für Familien.

3. BILDUNG, KULTUR UND MEDIEN

Jeder junge Mensch hat ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftliche Lage das Recht auf eine seinen Begabungen und Talenten, seinen Fähigkeiten und Neigungen entsprechende Erziehung, Bildung und Ausbildung. Dazu brauchen wir leistungsfähige Kindertagesstätten und Schulen, die in der Lage sind, sich flexibel auf gesellschaftliche Entwicklungen einzustellen.

Die CDU bekennt sich zum gegliederten Schulwesen. Dieses basiert auf der Grundschule und der Sekundarschule, die zur Berufsausbildungsreife führt, sowie dem Gymnasium, das mit dem Abitur die Hochschulreife vergibt. Die Konkurrenzfähigkeit der an diesen Schulformen erworbenen Abschlüsse muss gesichert bleiben. Aus jedem Abschluss muss ein Anschluss werden.

Grundsätzlich sind Ganztagsangebote anzustreben. Voraussetzung solcher Angebote sind qualifiziertes pädagogisches Personal, bedarfsgerechte Räumlichkeiten einschließlich Lehrerarbeitsplätze, Essensversorgung und ein fundiertes inhaltliches Konzept.

Die Ergebnisqualität der schulischen Leistung und der Erziehung im pädagogischen Prozess des Systems Schule ist regelmäßig zu evaluieren. Die Daten dieser Überprüfung sind öffentlich zu machen.

Wir streben zentrale und länderübergreifend abgestimmte Abschlussprüfungen vor allem für Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen an. Es ist ein Gebot der Vernunft, dass die für erfolgreiche Prüfungen zu erbringenden Leistungen in ganz Deutschland gleichwertig sind.

Die CDU steht für die Durchsetzung von Verbraucherrechten und für eine Verbraucherbildung von klein an. Verbraucherbildung beginnt in der Kita, in den Schulen und geht bis zur Erwachsenenbildung, z. B. in den Volkshochschulen. Das Wissen über ausgewogene Ernährung und gute Haushaltsführung sowie das Wissen im Umgang mit digitalen Medien soll fester Bestandteil in den Bildungseinrichtungen des Landes sein.

Die CDU bekennt sich zu Schulen in freier Trägerschaft als festem und gleichberechtigtem Bestandteil der pluralen Bildungslandschaft und zu einer angemessenen, auskömmlichen Finanzausstattung.

Wir wollen das Wahlrecht der Eltern, bei sonderpädagogischem Förderbedarf über den Besuch einer allgemein bildenden oder einer Förderschule zu entscheiden, erhalten.

Die gezielte Förderung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in eigenen Lerngruppen muss auch künftig möglich sein. Deshalb sind die Förderschulen als Kompetenzzentren unverzichtbar und weiterhin Teil der Bildungslandschaft. Inklusion ist eine Aufgabe für alle Schulformen, aber bei weitem nicht nur eine Aufgabe der Schulen. Auch die Kindertagesstätten sowie die Träger der Jugend- und der Sozialhilfe müssen sich noch stärker für inklusive Bildungs- und Betreuungsangebote öffnen. Die Sozialgesetzgebung muss dieser Entwicklung angepasst werden. Die Teilhabe an der Berufs- und Arbeitswelt ist zu gewährleisten.

Berufliche Bildung

Die CDU versteht die berufliche Bildung als Teil des lebenslangen Lernens. Wir bekennen uns uneingeschränkt zur dualen Ausbildung als Kern der beruflichen Bildung. Die Berufsvorbereitung an den Schulen ist weiter auszubauen. Bei der Herstellung von Effizienz und Transparenz im Übergangssystem von allgemeinbildender Schule zur Berufsausbildung kommt den Kommunen eine Schlüsselrolle zu.

Die Anschlussfähigkeit und die Durchlässigkeit beruflicher Ausbildungsabschlüsse und Ausbildungsgänge müssen ständig weiterentwickelt werden, um die Attraktivität und Konkurrenzfähigkeit des dualen Berufsschulwesens zu garantieren.

Das Bekenntnis zur Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildungslaufbahnhilft, eine am Bedarf orientierte Fachkräfte qualifizierung zu sichern.

Erwachsenenbildung

Erwachsenenbildung ist ein gleichberechtigter Bildungsbereich neben der Schulbildung, der Berufsbildung und dem Erststudium an Hochschulen.

Sie ist ein wesentliches Fundament, um die Rahmenbedingungen für das lebenslange Lernen von Bürgerinnen und Bürgern des Landes zu gewährleisten. Weiterbildung reduziert das Risiko von individueller Arbeitslosigkeit, trägt zur Fachkräftesicherung bei und stärkt den Standort Sachsen-Anhalt.

Kultur als Ausdruck von Tradition und Innovation

Kunst und Kultur sind feste Bestandteile menschlichen Daseins und geben Heimat. Sie reflektieren, begleiten und gestalten persönliche und gesellschaftliche Entwicklungen und Veränderungen.

Die CDU bekennt sich zur Verantwortung für den Schutz und für die Förderung von Kunst und Kultur. Dazu wollen wir Rahmenbedingungen für eine nachhaltige, verlässliche und unabhängige Förderung schaffen.

Kultur in Sachsen-Anhalt ist vielfältig. Unser Land verfügt über ein reiches kulturelles Erbe, das eng mit der deutschen und der europäischen Geschichte verwoben ist.

Die CDU setzt sich dafür ein, dieses kulturelle Erbe für die künftigen Generationen zu bewahren.

Träger und Orte der Kultur

Kultur wird inhaltlich gestaltet und gelebt durch die unterschiedlichen Träger wie z.B. Kunstvereine und Förderkreise, Kulturinitiativen, Heimatverbände, öffentliche und private Stiftungen, Kirchen und durch das private und ehrenamtliche Wirken vieler Bürgerinnen und Bürger. Kultur gehört untrennbar zum gesellschaftlichen Leben in Städten und Gemeinden.

Dementsprechend muss Kultur auch in einem Flächenland vor Ort erfahrbar und erlebbar sein.

Dies kann dauerhaft nur funktionieren, wenn in der Kulturgestaltung regionale und zielgruppenspezifische Schwerpunkte gesetzt werden und auf diesem Wege eine übergreifende Infrastruktur im Land sichergestellt wird, z.B. durch Theater, Orchester, Museen und Bibliotheken.

Teilhabe

Eine wesentliche Voraussetzung für die Akzeptanz, Aktivierung und Weiterentwicklung von Kultur ist ein umfassender Zugang zu kulturellen Angeboten für alle Generationen.

Die Teilhabe an kultureller Bildung für Kinder und Jugendliche werden wir weiterhin sicherstellen. Dies findet seinen Ausdruck in dem bestehenden Angebot an künstlerischen Fächern in Schulen, sowie in Musikschulen, Jugendkunstschulen und anderen Formen des kreativen Gestaltens.

Kunsthochschulen haben dabei neben ihrer Ausbildungsfunktion auch als Kristallisationspunkt künstlerischen Schaffens für die Regionen eine wichtige Funktion.

Neben ihrem grundsätzlichen Wert gewinnen Kunst und Kultur auch als wirtschaftliche Faktoren zunehmend an Einfluss.

Die gewerbliche Kulturwirtschaft hat für die Städte eine wachsende wirtschaftliche und touristische Bedeutung. In vielen Regionen weist die Kulturwirtschaft überdurchschnittliche Wachstumsraten auf.

Medienpolitik

Die CDU Sachsen-Anhalt tritt für Unabhängigkeit, Vielfalt und Wettbewerb der Medien ein. Sachsen-Anhalt braucht eine plurale Mediengesellschaft mit modernen, leistungsstarken und wettbewerbsfähigen Medienunternehmen. Sie sind ein wichtiger Standortfaktor für die Zukunftsfähigkeit des Landes; und sie sind die Voraussetzung für eine freie und unabhängige Berichterstattung in einem demokratischen Gemeinwesen.

Die CDU Sachsen-Anhalt fördert den Ausbau moderner Verbreitungstechnologien und setzt sich für die rasche Versorgung des ganzen Landes und insbesondere der strukturschwachen Räume mit entsprechenden Empfangsbedingungen im neuen digitalterrestrischen Standard ein.

Die CDU Sachsen-Anhalt spricht sich für eine Stärkung des Urheberrechts auch im Bereich des Internets und der Telemedien aus. Ein weltweit akzeptiertes Urheberrecht ist die Basis für eine unabhängige, existenzfähige Medienwirtschaft. Im Zeitalter der Globalisierung gewinnt die regionale und lokale Berichterstattung als unverzichtbarer Bestandteil eines ausgewogenen Medienangebotes an herausragender Bedeutung.

Programme unserer lokalen privaten Fernsehanbieter und der Bürgermedien leisten hierfür einen wichtigen Beitrag. Der Auftrag der Medienanstalt ist es, das Angebot gemeinsam mit den Veranstaltern und Trägervereinen entsprechend der technischen Entwicklung beständig fortzuentwickeln und die künftige digitale Verbreitung und Auffindbarkeit der Programme zu unterstützen.

Das duale Rundfunksystem hat sich bewährt. Es bildet den ordnungspolitischen Rahmen für die Entwicklung der Medienlandschaft auch im digitalen Zeitalter des Internets.

Das Internet hat unvorstellbare Wertschöpfungspotentiale und erhebliche Veränderungen im persönlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben hervorgerufen. Die CDU will alle Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Verwaltung an den Möglichkeiten des Internets teilhaben lassen, aber auch dessen Risiken minimieren.

Hierzu verfolgt die CDU folgende Ziele:

- flächendeckendes Angebot schneller und kostengünstiger Internetverbindungen
- konsequente Durchsetzung des geltenden Jugendschutzrechts
- Stärkung der Vermittlung von Medienkompetenz und Medienethik als breite gesellschaftliche Diskussion

Eine qualifizierte Medienerziehung der Kinder sollte bereits im Kindergarten beginnen und in den Bildungseinrichtungen konsequent weitergeführt werden.

Die CDU in Sachsen-Anhalt will gesicherte Verbraucherrechte in der digitalen Welt. Um die Chancen des Internet sicher nutzen zu können, muss ein umfassender Datenschutz gewährleistet werden. Jeder Urheber von Inhalten muss erkennbar sein. Für die Nutzung persönlicher Daten soll weiterhin der Grundsatz der ausdrücklichen Einwilligung gelten. Das Recht auf Löschen eigener Daten bleibt unser Ziel.

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk

Die CDU Sachsen-Anhalt sieht den bisherigen Funktionsauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks als Grundlage auch für die künftige Leistungs- und Entwicklungsfähigkeit des öffentlich-rechtlichen Systems und unterstützt die Arbeit bei der Ermittlung eines sachgerechten Finanzbedarfs des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Über die gesellschaftlichen Aufsichtsgremien sind die Interessen der Öffentlichkeit und eine wirksame Kontrolle der Funktion des öffentlichrechtlichen Rundfunks zu gewährleisten.

Zu den wichtigen Aufgaben des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zählt auch, fundierte Beiträge für Programme zur Erinnerungskultur geschichtlicher Ereignisse sowie zu Erziehungs- und Bildungszwecke zu leisten. Die CDU unterstützt deshalb alle Bestrebungen, die Informationsangebote aus und für Mitteldeutschland weiter zu stärken.

4. Wissenschaft und Wirtschaft

Die CDU Sachsen-Anhalt misst der Wirtschaftspolitik zentrale Bedeutung zu.

Die CDU Sachsen-Anhalt ist die Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Wir setzen insbesondere auf die Prinzipien des ehrbaren Kaufmanns, der Eigenverantwortung, der Sozialpartnerschaft, der unternehmerischen Kultur und des fairen Miteinanders. Wirtschaftliches Wachstum als tragende Säule unserer Gesellschaft ist kein Selbstzweck, sondern die Basis für einen angemessenen Lebensstandard, Vollbeschäftigung und sozialen Frieden.

Eine Grundvoraussetzung für erfolgreiches Wirtschaften ist die Erschließung neuer technologischer Entwicklungen und ihrer gesellschaftlichen und ökonomischen Anwendungsbedingungen. Deshalb setzen wir auf die Förderung von Wissenschaft, Forschung und Innovationen sowie auf eine Investitionspolitik mit Augenmaß.

Eine ausgewogene wirtschaftliche Entwicklung aller Landesteile muss auch zukünftig gewährleistet sein.

Unsere Wirtschaft braucht Großunternehmen, Mittelstand, Kleinunternehmen und Handwerk. Diese bedürfen besonderer Förderung. Dazu gehört eine bedarfsgerechte und flexible Berufsausbildung auf allen Qualifikationsebenen.

Wir setzen auf einen geordneten und chancengerechten Wettbewerb in der Wirtschaft, bei der Technologieentwicklung und bei deren Überführung in die Praxis. Dabei sind die Risiken gewissenhaft abzuschätzen, aber die Chancen stärker in den Vordergrund zu rücken.

Wir stehen für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung unter besonderer Beachtung erneuerbarer Energieträger. Wir wollen Verwaltungsabläufe und Steuerrecht vereinfachen, um Innovation in Wirtschaft und Gesellschaft weiter zu fördern.

Wachstum begünstigen und Wohlstand sichern

Für eine moderne und zukunftsgerechte Wirtschaftspolitik müssen wir das Zusammenwirken zwischen kleineren, mittleren und großen Unternehmen sowie von Handwerk und Dienstleistern bewahren, fördern und kreativ weiterentwickeln.

Um unsere Wirtschaft als Wachstumsmotor für Sachsen-Anhalt zu stärken, werden wir die Wertschöpfungskette von der Erfindung bis zur kreativen Vermarktung noch enger knüpfen und von unnötigen bürokratischen Regelungen befreien.

In starken Netzwerken und Clustern wollen wir die Kompetenzen und die Vermarktung des Wirtschafts-, Kultur- und Tourismusstandortes Sachsen-Anhaltbündeln. Mitderaktiven Einbeziehung von Wissenschaftseinrichtungen wollen wir technologische Impulse für die Leistungsfähigkeit unserer Heimat und unserer Wirtschaft setzen. Die Globalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft ist mitzugestalten und zum Vorteil von Sachsen-Anhalt zu nutzen.

Unternehmerisches Denken und Wettbewerbsfähigkeit stärken

Wir wollen einen geordneten und chancengerechten Wettbewerb, damit Wohlstand und soziale Sicherung erhalten bleiben.

Die weitere Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen bleibt daher eine Daueraufgabe. In der Wirtschaft unseres Landes spielt die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen auch künftig die Schlüsselrolle. Viele Unternehmen sind noch zu klein und haben den Sprung zu einem nachhaltigen und eigenständigen Geschäftsmodell von überregionaler Bedeutung noch vor sich. Die CDU des Landes Sachsen-Anhalt sieht ihre Aufgabe darin, weiterhin eine verlässliche Wirtschaftspolitik zu gewährleisten und Sachsen-Anhalt als kreativen und innovationsfreudigen Industrie- und Produktionsstandort zu stärken. Dabei ist das Wachstum bestehender und die Ansiedlung neuer Unternehmen zu fördern. Für die Stärkung unserer heimischen Wirtschaft ist es wichtig, leistungsfähige Unternehmen mit Hauptsitz im Lande zu haben.

Eine Kultur kreativen und findigen Unternehmertums zu fördern und zu unterstützen, ist uns ein zentrales Ziel. Dabei brauchen wir unternehmerisches Denken natürlich nicht nur in der privaten Wirtschaft, sondern auch im öffentlichen Sektor; letztlich in allen gesellschaftlichen Bereichen. Mit Neugier, Offenheit für Innovationen und Tatkraft werden wir die Herausforderungen des globalen Wettbewerbs bestehen.

Wissenschaft und Innovation fördern

Forschung führt zu Erfindungen. Wir wollen, dass aus mehr Erfindungen marktfähige Produkte werden. Entscheidende Handlungsfelder sind die weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen für Forschung und

Innovation in Wissenschaft und Wirtschaft, die nachhaltige Stärkung der Forschungs- und Innovationskapazitäten insbesondere des Mittelstandes und des Handwerks, die Nutzung und Verbreitung der Potentiale von Kreativwirtschaft sowie Informations- und Kommunikationstechnologie und die Ausrichtung der öffentlichen Forschungs- und Innovationsförderung auf Zukunftsthemen, bei denen unser Land besonders gute Chancen zum Bestehen im internationalen Wettbewerb aufweist.

Durch die fachliche Differenzierung und Einbettung von Forschung und Innovation in die Landespolitik entsteht technologischer Vorsprung, der Produktivitätsvorteile generieren kann. Eine noch effektivere Förderung und Vernetzung der betrieblichen und akademischen Forschung, eine aktive Förderung des Technologietransfers und die konsequente Schwerpunktsetzung in einer auf Wachstumsfelder ausgerichteten Grundlagenforschung sind zentrale Bestandteile einer zukunftsgerechten Wirtschaftspolitik.

Wir unterstützen die Bildung von innovativen Clustern, das heißt von Kompetenznetzwerken zur Verknüpfung von Wissenschaft und Wirtschaft. Universitäten, Fachhochschulen, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und Unternehmen-sollen in einem verlässlichen Rahmen zusammenarbeiten können. Wir setzen uns für den Aufbau von Netzwerken zwischen Wirtschaft und Wissenschaft in strategischen Schlüsselindustrien ein. Eine befristete finanzielle Förderung ist dazu ein gangbarer Weg.

Universitäten, Fachhochschulen und Forschungseinrichtungen stärken

Von den Leistungen der Forschungseinrichtungen und Hochschulen (Universitäten und Fachhochschulen) hängt es wesentlich ab, in welchem Maße in Zukunft wirtschaftliches Wachstum, gesellschaftlicher Wohlstand und stabile demokratische Verhältnisse erreichbar sind.

Wissenstransfer erfolgt in Form von Kooperationsbeziehungen und -projekten, Ausgründungen aus wissenschaftlichen Einrichtungen und durch Absolventenplatzierungen. Allen drei Bereichen widmen wir weiterhin verstärkte Aufmerksamkeit, um die Verfügbarkeit des Wissens und der Kreativität aus allen Wissenschaftseinrichtungen für Wirtschaft, öffentlichen Sektor und Gesellschaft fortwährend zu verbessern.

Wir ermuntern Unternehmen und gesellschaftliche Organisationen, aktiv auf die Wissenschaftseinrichtungen zuzugehen und ihrerseits den Austausch zu suchen.

Unser Ziel ist es, die gesamte Innovationskette von der Grundlagenforschung über die angewandte Wissenschaft bis hin zur Überführung in die praktische Wirtschaft möglichst aus einem Guss zu entwickeln.

Bei Wahrung der Freiheit von Forschung und Lehre sind diejenigen Felder besonders zu entwickeln, in denen internationale Spitzenleistungen zu erwarten oder die für das Land besonders wichtig sind. Dazu gehören vor allem solche Natur-, Material- und Ingenieurwissenschaften, die zur Entwicklung effizienter Speicher- und Energietechnologien benötigt werden und interdisziplinär orientierter Wissenschaftszweige, die zur Lösung komplexer Probleme, wie der Klimaanpassung, der zukünftigen Nahrungsmittelsicherung oder der Gestaltung innovativer Unternehmensstrategien beitragen. Zugleich sind die geistes-, sozial- und kulturwissenschaftlichen Traditionen zielgerichtet weiter zu entwickeln.

Die unterschiedlichen Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen sind zu bündeln, sowie enger untereinander und mit der Wirtschaft zu vernetzen, zum Beispiel durch Ausbau von Innovationszentren und Clustern mit abgestimmter Exzellenzförderung, Wissenschaftscampi und An-Instituten. Stets soll die gesamte Wertschöpfungskette bis zu marktreifen Produkten oder Dienstleistungen beachtet werden.

Wissenschaft und Forschung sind weiterhin stark an international belastbaren und die Belange der Anwendbarkeit berücksichtigenden Leistungs- und Exzellenzkriterien zu orientieren. In der Internationalität und weiteren Internationalisierung der Hochschulen sehen wir große Chancen für eine verstärkte internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Wir wollen dazu beitragen, dass zukünftig mehr internationale Absolventen unserer Hochschulen in Sachsen-Anhalt ihre Heimat finden.

Dass die nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina ihren Sitz in Sachsen-Anhalt hat, ist für uns Verpflichtung, Wissenschaft und Forschung weiter auszubauen.

Unser Ziel ist es, die Universitäten und Fachhochschulen in unserem Land zu Orten mit möglichst exzellenter Forschung weiterhin auf- und auszubauen. Exzellenz in der Lehre muss damit einhergehen. Die Hochschulen sind ein Magnet für talentierte und ambitionierte junge Menschen, die unser Land voranbringen können. Sie leisten damit einen positiven Beitrag zur demografischen Entwicklung. Ausbildungsqualität und Nachwuchsförderung sind fortwährend auszubauen, wobei an der bewährten und komplementären Arbeitsteilung zwischen Universitäten und Fachhochschulen festzuhalten ist.

Universitäten haben besondere Stärken in der wissenschaftlichen Forschung und der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses, Fachhochschulen in der anwendungsorientierten Arbeit in Lehre und Forschung. Jedoch sind die personelle Durchlässigkeit und die wechselseitige Anschlussfähigkeit der Abschlüsse weiter zu verbessern.

Wir stellen uns den Herausforderungen des lebenslangen Lernens und der wissenschaftlichen Weiterbildung. Deshalb sind Hochschulen und Unternehmen zur Entwicklung passender Angebote zu ermutigen.

Besonderes Augenmerk widmen wir der akademischen Lehrerbildung. Lehrkräfte in Schulen sind besonders wichtige Träger und Multiplikatoren für Wissen für Gesellschaft und Wirtschaft. Sie legen den Grundstein für die Zukunft junger Menschen. Wir wollen dafür sorgen, dass eine gute technische und unternehmerische Grundbildung in allen Schulen zum Standard gehört. Dazu wollen wir die universitäre Lehrerbildung weiterentwickeln und damit auch die Ausbildungsfähigkeit der Jugendlichen nach der Schule verbessern.

Universitäten, Fachhochschulen und Forschungseinrichtungen brauchen einen verlässlichen Finanzrahmen.

Investitionen anregen

Für uns sind Investitionen in die Zukunft wichtiger, als Konsum in der Gegenwart. Unsere Investitionspolitik erfolgt mit Augenmaß und orientiert sich an einer ausgewogenen Entwicklung aller Landesteile.

Wir wollen dafür Sorge tragen, dass Investitionen stärker als in der Vergangenheit auf konkrete Wertschöpfung in der Zukunft angelegt sind. Ziel von Investitionen muss die Steigerung der Wirtschaftskraft, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Entstehung von lang anhaltender Steuerkraft sein. Dabei sind die strategischen Schwerpunkte nach regionalen Gesichtspunkten festzulegen.

Unsere Investitionspolitik hat das Ziel, eine selbsttragende Wirtschaftsstruktur zu etablieren, strukturelle Nachteile auszugleichen, Innovationen und Existenzgründungen zu fördern und zu begünstigen. Dadurch können sowohl neue Märkte erschlossen als auch bestehende wirtschaftliche Strukturen erhalten, stabilisiert und weiterentwickelt werden. Hierzu sind wir weiterhin auf Fördermittel des Bundes und der EU angewiesen.

Förderprogramme sind regelmäßig zu überprüfen und ggf. in ihrer Wirksamkeit zu verbessern.

Effiziente Verwaltungsverfahren auf allen Ebenen fördern

Wo immer möglich, treten wir für einen konsequenten Bürokratieabbau ein. Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen wollen wir auch durch eine Standardflexibilisierung und Absenkung bürokratischer Hürden weiter verbessern.

5. UMWFIT UND ENFRGTE

Für den Erhalt unserer lebenswerten Umwelt

Nach unserem christlichen Menschenbild sind Mensch, Natur und Umwelt die Schöpfung Gottes. Sie zu schützen, ist unser ureigenstes Anliegen. Das Prinzip Nachhaltigkeit ist fester Bestandteil christdemokratischer Politik. Die nachfolgenden Generationen haben ein Recht auf wirtschaftliche Entwicklung, sozialen Wohlstand und eine lebenswerte, intakte Umwelt.

Nach unserem Verständnis widersprechen sich wirtschaftliche Entwicklung und Umweltschutz nicht. Besonders in einer Zeit, in der die Grenzen der ökologischen Belastbarkeit unseres Planeten immer deutlicher werden, gilt: nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum ist nur unter Einbeziehung des Umwelt- und Klimaschutzes möglich. Darüber hinaus ist ein effizienter und sparsamer Ressourceneinsatz auch zunehmend ein Kosten- und Standortvorteil. Aus diesem Grunde setzen wir uns für eine ökologische und soziale Marktwirtschaft ein, die mit verstärkter Forschung und Entwicklung, gezielten Anreizsystemen und Förderprogrammen sowie einem umweltorientierten ordnungspolitischen Rahmen die vorgegebenen Umweltziele verfolgt.

Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen hat Verfassungsrang und bedarf eines ständigen, fortlaufend pragmatischen Beitrages durch jeden einzelnen handelnden Menschen. Jeder Mensch ist verantwortlich für den Schutz der natürlichen Umwelt durch seine individuellen Entscheidungen bei Konsum, Mobilität, Freizeit und Wohnen. Wir setzen darüber hinaus auf eine Umweltpolitik, die alle Betroffenen in einen konstruktiven Dialog integriert. Die CDU will gemeinsam mit Bildungseinrichtungen, Kommunen, Umweltund Naturschutzverbänden sowie Land- und Forstwirten umweltbewusstes Verhalten in der Gesellschaft verankern. Nur mit diesem integrativen Ansatz kann eine nachhaltige Entwicklung gestaltet werden.

Die Sorge um die Umwelt ist und bleibt ein Hauptaugenmerk christlichdemokratischer Politik. Zukunftsorientierter Umwelt- und Klimaschutz schafft Chancen für neue Arbeitsplätze. Dazu gehört auch die Forschung bei Umwelttechnologien, für deren Weiterentwicklung eine verlässliche Entwicklung benötigt wird, die weiterhin nachhaltig gefördert werden soll.

Energieversorgung sichern, Ressourcen schützen

Der eingeleitete Umbau des Energiesystems in Deutschland ist ein Generationenprojekt. Seine Umsetzung birgt große wirtschaftliche Chancen aber auch Risiken.

Unverändert ist das Zieldreieck Umweltverträglichkeit-Wirtschaftlichkeit-Sicherheit in der Energieversorgung zu beachten.

Die CDU Sachsen-Anhalt unterstützt den nachhaltigen Umbau des deutschen Energiesystems im europäischen Kontext. Sachsen-Anhalt benötigt als Wirtschaftsstandort Energie zu wettbewerbsfähigen Preisen. Unser Land verfügt über ein großes Potenzial an erneuerbaren und fossilen Energiequellen sowie an entsprechenden Forschungseinrichtungen und produzierenden Unternehmen.

Vor diesem Hintergrund wollen wir im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern die Schaffung notwendiger Infrastruktur wie den Netz- und Speicherausbau unterstützen. Die erneuerbaren und fossilen Energiequellen sollen unter Berücksichtigung von Flächenkonkurrenz, Natur- und Landschaftsschutz nachhaltig genutzt werden. Die Energieeffizienz soll insbesondere durch Ausbau dezentraler Energieumwandlung auch auf Basis biogener Brennstoffe in Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen mit maximal möglichen Wirkungsgraden insbesondere bei Gebäuden in privater oder öffentlicher Hand erhöht werden. Für das Gelingen der Energiewende muss dem Bereich der Energieforschung, insbesondere der Entwicklung leistungsfähiger Stromzwischenspeicher eine größere Bedeutung eingeräumt werden. Weiterhin kommt den nachwachsenden Rohstoffen eine wichtige Rolle zu.

In der Abfallwirtschaft und energetischen Verwertung nicht stofflich verwertbarer Bestandteile sollen möglichst geschlossene Stoffkreisläufe geschaffen werden. Sachsen-Anhalt verfügt über Rohstoffressourcen, deren effiziente Nutzung im globalen Wettbewerb ein wichtiger Standortvorteil ist. Die Arbeiten für eine stoffliche Nutzung der Braunkohle werden weiterhin unterstützt, ihre energetische Nutzung mit höchsten Wirkungsgraden ist ein Beitrag, um die Energiewende erfolgreich zu gestalten.

Durch Umweltbildung die Nachhaltigkeit der Energie- und Umweltpolitik fördern

Nachhaltigkeit setzt ein erhebliches Wissen und Bewusstsein des einzelnen Menschen über die Kausal- und Regelabläufe im natürlichen Umfeld und der weiteren Umwelt voraus.

Der Empfang staatlicher Förderungen soll, soweit der Empfänger unmittelbaren Bezug zur natürlichen Umwelt aufweist, an den Nachweis bestimmter Qualifikationen geknüpft sein.

Eine positive Einstellung gegenüber Natur und Technik, die für das Verständnis des Schützens der natürlichen Lebensgrundlagen erforderlich ist, ist in allen Bildungseinrichtungen und auch verstärkt in der politischen Bildungsarbeit zu vermitteln. Umweltbildung soll stärker, nachhaltiger und auf wissenschaftlicher Grundlage basierend gefördert werden. Umweltbewusstsein beginnt im Kopf und im Kindesalter. Daher müssen die Grundlagen für das Verständnis für Umwelt durch Bildung und Erziehung gelegt werden. Es muss eine fortlaufende, aufeinander aufbauende Wissensvermittlung vom Vorschulalter bis zur Berufsausbildung geben. Auch beim lebenslangen Lernen soll Umweltbildung eine möglichst große Rolle spielen.

Wir sind gegen eine Ideologisierung des Natur- und Umweltschutzes, überbordende Planungshysterie und Regelungswut. Wir setzen uns dafür ein, dass Akzeptanz und Ansehen des Natur- und Umweltschutzes verbessert werden. Die CDU ermuntert jeden einzelnen Menschen, sich umweltpolitisch zu engagieren. Die in Sachsen-Anhalt geltende Umweltpolitik ist mehr als die im Land Sachsen-Anhalt, im Parlament oder der Verwaltung getroffene Entscheidung. Für diese Zielstellungen sind engagierte und kompetente Menschen in Kommunen, Vereinen und Verbänden, in den örtlichen Gemeinschaften, in privaten Vereinigungen, Bürgerinitiativen und Unternehmen, aber auch in der öffentlichen Verwaltung Grundvoraussetzung.

Schutzgebiete qualitativ weiterentwickeln – Schützen und Nutzen

Die vielfältigen Natur- und Kulturlandschaften sind ein besonders wertvoller Teil unserer Heimat. Die dort zu findende Artenvielfalt ist von hohem Wert und zu erhalten. Eine herausragende Bedeutung haben dabei die Schutzgebiete, National- und Naturparks sowie Biosphärenreservate. Bei einer touristischen Nutzung von Schutzgebieten sollte ein Kostendeckungsbeitrag durch den Wirtschaftszweig geprüft werden. Bürgerschaftliches Engagement ist in diesem Bereich besonders gefragt und bedarf auch weiterhin

unserer Unterstützung. Bei den Schutzgebieten haben qualitative Weiterentwicklungen Vorrang vor quantitativer Ausdehnung. Damit allen der Wert solcher Flächen bewusst wird, müssen eine Nutzung und die Erfahrung von Natur soweit möglich sein, wie Schutzziele nicht beeinträchtigt werden. Natur muss erfahrbar bleiben.

Tierschutz

Aus christlichem Verständnis erhält der Tierschutz seinen Stellenwert aus Verantwortung für die Mitgeschöpfe und der Ehrfurcht vor dem Leben. Die CDU in Sachsen-Anhalt setzt sich für die umfassende Erfüllung dieses Grundgesetzauftrages ein. Deshalb werden die Landesregelungen auf diesem Gebiet regelmäßig überprüft und den wissenschaftlichen Erkenntnissen und entstehenden Notwendigkeiten angepasst. Besonderes Gewicht kommt dabei einer artgerechten Tierhaltung zu. Das Anliegen des Tierschutzes und entsprechende Grundkenntnisse sollen in den Bildungseinrichtungen vermittelt werden.

Wasser, Boden, Luft, Lärm – europäische Standards einhalten

Wasser

Das Wasser ist eine natürliche Lebensgrundlage, dessen Schutz und Nutzung gesellschaftlicher Regelung bedarf. Die Nutzung und das Management der Ressource Wasser, deren Zu- und Abfluss sowie deren Neubildung als Grundwasser sind stärker als bisher regional zu betrachten. Wir wollen ein umfassendes Wassermanagement entwickeln. Die demografische Entwicklung in Sachsen-Anhalt ist bei der Wasserver- und Abwasserentsorgung zu berücksichtigen. Die Wasserqualität muss erhalten bleiben. Soweit eine Beeinträchtigung unvermeidbar ist, muss sich diese am Stand der Technik orientieren. Sonderabgaben aus der Wassernutzung sollen zum Ausgleich besonderer Nutzungseinschränkungen in Schutzgebieten genutzt werden.

Angesichts der Erfahrungen in Sachsen-Anhalt mit Hochwasserereignissen wollen wir den Schutz der Bevölkerung im Land Sachsen-Anhalt weiter vorantreiben durch die Umsetzung des umfassenden Hochwasserschutzkonzeptes des Landes, welches v.a. eine DIN-gerechte Ertüchtigung der Deiche vorsieht. Die Bauleitplanung muss stärker als bisher den Schutz vor Hochwasserschäden gewährleisten.

Boden

Die Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsfläche ist durch ein vorausschauendes, integriertes Flächenmanagement mit Flächenkreislauf, Ökokontoregelungen und Flächenrecycling zu steuern. Das Land Sachsen-Anhalt praktiziert dies bereits und ist daher Vorreiter in der Reduzierung des Flächenverbrauchs.

Eine nachhaltige Boden- und Flächenpolitik bedeutet, dass der Boden als wichtige Kulturbasis schonend und effizient genutzt werden muss. Insbesondere dem Verlust an land- und forstwirtschaftlicher Nutzfläche ist vor dem Hintergrund einer zunehmenden Bedeutung nachwachsender Rohstoffe und der Bedeutung des Bodens als Kohlenstoffspeicher zu begegnen. Naturschutz-, land- und forstwirtschaftliche Belange sind bei der Auswahl von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen gleichberechtigt zu berücksichtigen.

Im Rahmen der Ausgleichsmaßnahmen hat die Entsiegelung aus ökologischen Erwägungen eine höhere Relevanz als Versiegelung.

Luft

Nach den verheerenden Emissionsbelastungen aus dem Erbe der DDR ist in Sachsen-Anhalt viel erreicht worden. Das ist uns Ansporn, noch bestehende Belastungen durch Stickoxide und Feinstaub weiter zu reduzieren. Daher wollen wir neue, effiziente Technologien besonders fördern, um unser Ziel im Rahmen des Klimaschutzes sicher zu erreichen.

Lärm

Lärm wird in weiten Teilen der Bevölkerung als gesundheitliche Bedrohung empfunden. In Sachsen-Anhalt gilt unser Augenmerk in erster Linie dem Lärm von Straße und Schiene. Wir wollen daher in der Bauleitplanung der Kommunen Verkehrsströme von Wohngebieten trennen. Der aktive Lärmschutz an Anlagen, Geräten und Fahrzeugen ist durch die Politik von der Wirtschaft gezielt einzufordern. Jeder einzelne ist darüber hinaus in seinem Lebensumfeld aufgefordert, einen individuellen Beitrag zur Lärmvermeidung zu leisten.

6. Arbeit, Gesundheit und Soziales

Die Soziale Marktwirtschaft als Garant für Wohlstand und Sicherheit

Die Soziale Marktwirtschaft ist für die CDU in Sachsen-Anhalt das Erfolgsmodell, welches uns allen ermöglicht, auch in Zukunft in Freiheit, Wohlstand und Sicherheit zu leben.

Wir bekennen uns ausdrücklich zu diesem Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell, das Leistungswillen und Solidarität in sich vereint.

Wir sehen es als unsere Aufgabe an, die Soziale Marktwirtschaft als eine wesentliche Säule der inneren Stabilität unseres Gemeinwesens zu erhalten und weiter zu entwickeln und so den Menschen in unserem Bundesland ein Leben in Freiheit und selbstbestimmter Würde zu ermöglichen.

Globalisierung, Individualisierung, demografischer Wandel und Flexibilisierung spiegeln sich in der Arbeitswelt wider. Sie machen ein neues Verständnis von Arbeit erforderlich, ohne jedoch die Grundprinzipien der christlichen Soziallehre außer Acht zu lassen.

Ziel unserer Arbeitsmarktpolitik in Sachsen-Anhalt bleibt die Vollbeschäftigung.

Ersten und zweiten Arbeitsmarkt als einheitliches Ganzes verstehen

Dazu müssen nach dem bewährten Grundprinzip von Fördern und Fordern die vorhandenen Instrumente und Programme weiterhin sinnvoll und zielgerichtet eingesetzt und bei Bedarf neu justiert und weiterentwickelt werden. Dabei ist der Fokus auf die Integration in den ersten Arbeitsmarkt zu richten. Solidarisches Handeln auf dem Arbeitsmarkt bleibt eines unserer Grundprinzipien. Der zweite Arbeitsmarkt kann den ersten Arbeitsmarkt nicht ersetzen. Dennoch ist er auch weiterhin unverzichtbar. Durch berufliche Qualifizierung und Rehabilitation sollen für arbeitslose Mitmenschen Brücken in den ersten Arbeitsmarkt, in geförderte Erwerbsarbeit geschaffen werden. Dabei ist die Schaffung Arbeitsplätzen mit einer angemessenen und auskömmlichen Entlohnung als Alternative zum zweiten Arbeitsmarkt für gering qualifizierte Arbeitnehmer anzustreben.

CDU-Politik – Garant für ein modernes und zukunftsfähiges Arbeits- und Tarifrecht

Die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe war dem Grundsatz nach eine richtige Entscheidung. Anstatt weiter auf alleinige Transferleistungen zu setzen, müssen wir eine Kombination aus staatlichen Leistungen und eigenerwirtschaftetem Entgelt weiterentwickeln. Das Lohnabstandsgebot darf nicht aufgeweicht werden.

Wir stehen für faire Löhne, weil Erwerbsarbeit von Würde geprägt ist, die sich in angemessener Entlohnung niederschlägt und darüber hinaus rentenwirksam ist, um auch auf dieser Weise Altersarmut vorzubeugen.

Deshalb brauchen wir eine verbindliche Lohnuntergrenze, die von den Tarifpartnern – den Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften – gemeinsam bestimmt wird. Wir stehen zur Tarifautonomie.

Das Ziel unserer Arbeitsmarktpolitik ist es, allen Menschen eine gesicherte Perspektive zu geben. Dazu bedarf es regulärer, unbefristeter, auf Perspektive und Nachhaltigkeit ausgerichteter Arbeitsplätze.

Das Instrument der Arbeitnehmerüberlassung kann nicht als dauerhaftes Beschäftigungsverhältnis gesehen werden. In der Zeitarbeit muss gleicher Lohn für gleiche Arbeit gelten. Nach einer angemessenen Einarbeitungszeit ist eine Angleichung an die Stammbelegschaft zu gewähren.

Arbeit darf nicht krank machen. Ein umfassender Arbeitsschutz muss ein Ziel jedes tarifvertraglichen Handelns sein. Da die Zahl arbeitsbedingter Erkrankungen zunimmt, ist es Ziel unserer politischen Aktivitäten, durch Prävention und Rehabilitation dem entgegen zu wirken.

Gut ausgebildete, hoch motivierte und mit einer sicheren Perspektive ausgestattete Mitarbeiter, die über Mitwirkungsmöglichkeiten, Verantwortung und Weiterbildung ihre Beschäftigungs- und Leistungsfähigkeit sichern und ausbauen, sind das Potential mit dem die Wirtschaft unseres Bundeslandes den wachsenden Herausforderungen der sich wandelnden Arbeitswelt begegnen kann.

Chancen im Alter eröffnen und nutzen

Demografischer Wandel und steigende Lebenserwartungen prägen die Erwerbsbiografien der Arbeitnehmer. Wir wollen den Menschen in Sachsen-Anhalt Chancen eröffnen, ihre Fähigkeiten und Potentiale auch im Alter zu verwirklichen und dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stellen.

Wenn dies aus gesundheitlichen oder anderen Gründen nicht mehr möglich ist, ist es Aufgabe aller gesellschaftlichen Akteure, älteren Menschen alternative Formen der Teilhabe zu ermöglichen. Wir unterstützen die Schaffung altersgerechter Arbeitsplätze.

Seniorenfreundlichkeit im Verbraucherschutz soll ein Markenzeichen der CDU-Politik sein. Darüber hinaus benötigen unsere Senioren spezifische Beratung und Information.

Miteinander der Generationen

Eine kleiner werdende Gesamtbevölkerung mit einem immer höheren Anteil von älteren Menschen wird unsere Gesellschaft nachhaltig verändern. Eine kinderarme, alternde Gesellschaft steht in einer Welt des raschen Wandels vor großen Bewährungsproben. Um diese zu meistern, bedarf es eines konstruktiven Miteinanders der Generationen.

Die CDU Sachsen-Anhalt unterstützt Initiativen, die das Ziel haben, Sachsen-Anhalt als Land des Miteinanders der Generationen zu stärken. Daher setzen wir auf Solidarität, Respekt, Toleranz und Generationengerechtigkeit.

Zukunft der jungen Generation

Sachsen-Anhalt steht vor einer demografischen Herausforderung. Die Bevölkerungsentwicklung in den Regionen gestaltet sich unterschiedlich. Dennoch streben wir die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Teilen unseres Landes an.

Die Zukunft der jungen Generation im Land kann nur dadurch gesichert werden, dass junge Menschen in Sachsen-Anhalt eine gute Ausbildung erhalten und im Anschluss hier in der Heimat ihre Fähigkeiten zur Anwendung bringen können.

Vor dem Hintergrund des höheren Fachkräftebedarfs setzen wir auf Verbleib und Zuwanderung vor allem junger Fachkräfte sowie auf die Rückgewinnung von Landeskindern. Wir wollen Anreize verstärken, dass Sachsen-Anhalt als attraktiver Wohn- und Arbeitsort wahrgenommen wird. Wir setzen uns dafür ein, dass zur Deckung des Fachkräftebedarfs gleiche Rechte und Möglichkeiten für ausländische Berufsqualifikationen auf Landesebene eröffnet werden.

Die CDU Sachsen-Anhalt fordert bei sozialen Angeboten für Kinder und Jugendliche auch immer den Leistungsgedanken ein. Der Sozialstaat darf und muss gegenüber Kindern und Jugendlichen nicht nur als Förderer, sondern auch als Fordernder auftreten. Wir wollen, dass Kindern und Jugendlichen kontinuierlich geholfen wird, qualifizierte Schulabschlüsse zu erreichen. Schulsozialarbeit ist deshalb auch in Zukunft wichtig und notwendig.

Menschen mit Behinderungen

Die Integration von Menschen mit Behinderungen im Alltag entspricht unserem christlichen Grundverständnis. Es ist in Sachsen-Anhalt seit der Wiedervereinigung mit hohen Investitionen und einer engagierten Förderung der öffentlichen Hand gelungen, eine sehr gute Infrastruktur für Menschen mit Behinderungen zu schaffen. Die CDU setzt sich dafür ein, dass Integration als Querschnittsaufgabe in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ankommt. Es soll so viel Integration wie möglich und so viel Differenzierung wie nötig geben.

Soziale Sicherungssysteme

Die demografische Entwicklung stellt die sozialen Sicherungssysteme vor immer größere Herausforderungen. Die Beiträge zur Kranken-, Arbeitslosenund Rentenversicherung müssen stabil bleiben. Die Generation der Beitragszahler darf nicht über Gebühr belastet werden. Die CDU Sachsen-Anhalt setzt weiterhin auf das Solidarprinzip.

Reform der Alterssicherung

Die drei Säulen aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Alterssicherung haben sich bewährt. Notwendige Veränderungen müssen im sozialen Einklang durchgeführt werden, ohne die junge Generation übermäßig zu belasten. Gleichzeitig müssen wir unser Rentensystem so ausgestalten, dass sich Arbeiten lohnt. Wer sein Leben lang gearbeitet hat, muss im Rentenalter mehr Geld haben als jemand, der nie gearbeitet hat.

Chancengerechtigkeit schaffen - Armut bekämpfen

Das wichtigste Kapital zur Erlangung von Chancengerechtigkeit ist Bildung. Ein guter Schulabschluss ist die beste soziale Absicherung und Einstieg in die Arbeitswelt. Mit dem Bildungs- und Teilhabepaket beschreiten wir einen Weg, auch Kindern aus einkommensschwachen Familien einen besseren Zugang für Bildung und Kultur zu ermöglichen. Diesen Ansatz werden wir weiter entwickeln und mit zusätzlichen Mitteln unterstützen.

Sachsen-Anhalt als Gesundheitsland profilieren

Das Gesundheitssystem in Sachsen-Anhalt muss zukunftssicher gestaltet werden. Die CDU Sachsen-Anhalt achtet weiterhin darauf, dass die wohnortnahe und flächendeckende medizinische Grundversorgung der Menschen mit modernen medizinischen Leistungen sichergestellt bleibt. Dabei werden wir offen für Ideen und Anregungen sein, damit das Ziel der Versorgung der Menschen - auch im ländlichen Raum - weiterhin gewährleistet werden kann.

Wir wollen die technischen und rechtlichen Möglichkeiten für die Telemedizin verbessern. Die freie Arzt- und Krankenhauswahl, die Therapiefreiheit und die Unabhängigkeit der freien Gesundheitsberufe wollen wir wahren.

Den eingeschlagenen Weg der Krankenhausplanung werden wir weiter beschreiten. Ziel muss die Schwerpunktsetzung der Leistungsplanung und die Qualität der Leistungserbringung sein. Die weitere Vernetzung von ambulanten und stationären Versorgungsangeboten streben wir an.

Wir wollen Sachsen-Anhalt als Gesundheitsland profilieren. Die hohe Qualität der medizinischen Versorgung in Sachsen-Anhalt muss zukünftig auch über die Ländergrenzen hinaus bekannt und koordiniert werden.

Die Gesundheitsvorsorge muss gestärkt werden. Der Grundstein muss bereits im Kindergartenalter gelegt werden.

Die Gesundheitswirtschaft gehört zu den wichtigsten Branchen in unserem Bundesland und soll weiter wachsen. Der Jobmotor Gesundheit enthält ein wesentliches Beschäftigungspotential und damit realistische Chancen für neue Arbeitsplätze in Sachsen-Anhalt. Sie wird zunehmend eine personalintensive Dienstleistung sein. Damit sich der Bereich der Gesundheitswirtschaft in Sachsen-Anhalt weiterentwickeln kann, wollen wir die Vernetzung aller Akteure der Gesundheitswirtschaft begleiten und voranbringen.

Würdevolle Pflege im Alter

Ein wachsender Teil der Bevölkerung wird zukünftig auf Unterstützung und Pflege angewiesen sein. Pflegebedürftige Menschen haben einen berechtigten Anspruch, solange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung zu bleiben. Die CDU steht für eine Politik, die eine würdevolle und verlässliche Pflege gewährleistet. Eine dauerhaft gute Versorgung älterer Menschen wollen wir mit der Entwicklung von Angeboten altersgerechter Begleitung fördern. Auch die Unterstützung, um eigenverantwortlich für den Fall der Pflegebedürftigkeit vorsorgen zu können, ist fester Bestandteil unserer Politik. Wir begreifen Pflege als wichtigen Dienst am Menschen.

Pflegeleistungen haben sich an den individuellen Bedürfnissen und objektiven Notwendigkeiten zu orientieren. Ambulanter pflegerischer Hilfe gebührt dabei grundsätzlich der Vorrang. Hilfeleistungen müssen daher aufeinander abgestimmt werden und darauf abzielen, dem Pflegebedürftigen möglichst lange größtmögliche Selbstständigkeit und Eigenverantwortlichkeit zu gewährleisten. Für die zunehmend wachsende Zahl der Pflegebedürftigen muss weiterhin eine bedarfsgerechte Pflegeinfrastruktur sowie ausreichend und gut qualifiziertes Personal im ambulanten und stationären Bereich zur Verfügung stehen.

7. STEUERN UND FINANZEN

Finanziell unabhängiges Sachsen-Anhalt 2020

Die gesellschaftlichen Veränderungen, die internationale Wirtschaftslage und der demografische Wandel stellen Sachsen-Anhalt insbesondere finanzpolitisch vor neue und langfristige Herausforderungen. Wir wissen: Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen. Wir können nur ausgeben, was wir zuvor erwirtschaftet haben.

Wir müssen nicht nur auf Neuverschuldung verzichten, sondern parallel die Verschuldung schrittweise abbauen. Wir halten die Aufnahme der Schuldenbremse in unsere Landesverfassung für notwendig. Wir wollen bis 2020 finanziell auf eigenen Beinen stehen und uns damit haushaltsund finanzpolitische Spielräume schaffen. Nachhaltiges Haushalten heißt, sich auch künftig hohe Standards z.B. bei Kindertagesstätten, Schulen, Hochschulen, innerer Sicherheit und Umweltschutz leisten zu können.

Nur so schaffen wir die Voraussetzungen für stetige Investitionen und dauerhafte Arbeitsplätze. Mit einer soliden Haushaltspolitik leisten wir den besten Beitrag für eine gute Zukunfts- und Mehrgenerationengerechtigkeit.

Starke Kommunen - Starkes Sachsen-Anhalt

Die Neuausrichtung des Finanzausgleichsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt an der Aufgabenerfüllung aller Städte, Gemeinden und Landkreise ist eine wesentliche Grundlage, um die kommunalen Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger in entsprechender Qualität und Quantität erbringen zu können. Der Finanzausgleich muss für eine gerechtere, nachvollziehbare und transparente Finanzverteilung unter den kommunalen Ebenen und den einzelnen Kommunen sorgen.

Unsere Kommunen müssen ihre Haushalte ausgeglichen gestalten. Wir wollen die finanzpolitischen Herausforderungen durch eine faire Konsolidierungspartnerschaft des Landes mit der kommunalen Familie bewältigen.

Der ländliche Raum soll sich über eine solide nachhaltige Haushaltspolitik zu starken Kommunen entwickeln. Denn eine stabile kommunale Landschaft wird unsere Heimat dauerhaft stärken und dem demografischen Wandel begegnen können.

Steuer- und Abgabengerechtigkeit

Wir setzen auf Steuervereinfachung und Steuergerechtigkeit. Starke Schultern sollen auch in Zukunft mehr tragen als schwache. Wir wollen aber auch eine Vereinfachung beim Abgaben- und Einkommenssteuerrecht. Dazu wollen wir insbesondere die kalte Progression abbauen und ein Familiensplitting einführen. Wir wollen, dass Steuervergünstigungen im Einkommenssteuerrecht stärker an das Vorhandensein von Kindern anknüpfen.

8. LANDESENTWICKLUNG UND VERKEHR

Die CDU Sachsen-Anhalt gestaltet die Herausforderungen unserer Zeit

Wir leben in einer Zeit großer Veränderungen. Die Menschen in unserem Land sehen sich neuen Anforderungen ausgesetzt. Der Wandel erfasst nahezu alle Politikfelder. Die CDU nimmt sich dieser Gestaltungsaufgaben an und sieht hierin auch Chancen für eine verantwortungsvolle und zukunftsfähige Politik im 21. Jahrhundert. Dafür müssen wir zu Veränderungen bereit sein. Unser Land ist aufgefordert, Strukturschwächen zu korrigieren und, wo erforderlich, Umsteuerungen vorzunehmen. Dabei wird die CDU als die große Volkspartei in der Mitte unserer Gesellschaft Bewährtes bewahren und dort verändern, wo es für unser Land gut und zukunftsfähig ist.

Der demografische Wandel stellt eine wesentliche Herausforderung für unser Land dar. Er wird die Gesellschaft und das Land verändern, die Bevölkerung wird weniger und an Lebensjahren älter. Dies müssen wir als Chance begreifen und den notwendigen Anpassungsprozess auf allen betroffenen Politikfeldern aktiv gestalten. Es geht hierbei auch um Entwicklungschancen der nachfolgenden Generationen.

Die weltweit steigende Nachfrage nach Energie hat weitreichende Konsequenzen für Mensch und Natur. Diesen Herausforderungen haben wir uns im Interesse einer nachhaltigen Energiewirtschaft zu widmen. Neue und intelligente Lösungen sind auf allen Handlungsfeldern zu entwickeln, insbesondere auch in den Bereichen Bauen und Verkehr.

Globalisierung ist ein anhaltender Megatrend und bedeutet eine weltweite Öffnung politischer, wirtschaftlicher und kommunikativer Grenzen. Sie ist gekennzeichnet durch die Mobilität der Menschen und den Austausch von Ideen und Informationen, von Gütern, Leistungen und Kapital sowie durch die Vernetzung der Märkte. Sie ist Ausdruck von Freiheit und verstärkt den Wettbewerb. Dies entfaltet Auswirkungen insbesondere im Bereich der Verkehrs- und Wirtschaftspolitik.

Städte- und Wohnungsbau

Ziel der Städte- und Wohnungsbaupolitik ist es, die Bürger Sachsen-Anhalts mit ausreichendem und den heutigen und zukünftigen Erfordernissen genügenden Wohnraum zu versorgen. Land und Kommunen sind in der Verantwortung, alle erforderlichen Rahmenbedingungen für die dazu notwendigen Investitionen zu schaffen. Dieser Grundsatz ist in Verbindung mit der zu erwartenden schrumpfenden und alternden Bevölkerung umzusetzen.

Wir streben an, dass die Erfahrungen der Internationalen Bauausstellung 2010 im Land Sachsen-Anhalt nutzbar gemacht werden.

Die nachhaltige Förderung des Wohnungsbaus obliegt den Ländern. Die CDU Sachsen-Anhalt bekennt sich zu dieser Förderung des Wohnungsbaus.

Die Rahmenbedingungen von Wohnungsbau und Stadtentwicklung sind auf die nachhaltige Entwicklung in den Kommunen entsprechend der vorhandenen und der zu erarbeitenden Stadtentwicklungskonzepte auszurichten. Bei der Investitionssetzung sind die Innenstadtbereiche der Ober- und Mittelzentren zu stärken, die Entwicklung des ländlichen Raumes zu fördern und die energetische Gebäude- und Wohnraumsanierung zu unterstützen.

Das Baurecht ist auf die modernen Anforderungen hin auszurichten. Es steht im Spannungsfeld zwischen kostenträchtigen Investitionen in die energetische Sanierung und der Nachfrage nach weiterhin bezahlbarem Wohnraum.

Verkehr

Mobilität ist ein Grundbedürfnis moderner Gesellschaften und Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung und Wohlstand. Wir erkennen dieses Bedürfnis an. Die CDU setzt sich für den Erhalt und – wo nötig – auch den Ausbau des Verkehrsnetzes ein.

Mobilität ist umweltverträglich zu gestalten. Unser Land soll weder flächendeckend im Stau stehen noch darf die Gesundheit unserer Bürger beeinträchtigt werden. Die CDU unterstützt daher konsequent die Verringerung der Umweltbelastungen in allen Verkehrsbereichen und fördert entsprechende Entwicklungen.

Den Verkehrslärm wollen wir verringern und die Luftbelastung reduzieren. Intelligente verkehrslenkende Maßnahmen sowie eine konsequente Senkung der Schadstoffgrenzwerte werden angestrebt.

Mobilität fördert auch die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Sachsen-Anhalt. Sie trägt zur Erhaltung von Arbeitsplätzen bei und ist damit auch ein bedeutender Standortfaktor.

Wachstumsregionen erfordern leistungsfähige Infrastrukturen, insbesondere durch einen attraktiven Personen- und Güterverkehr. Sachsen-Anhalt liegt verkehrsmäßig in der Mitte Deutschlands und Europas und nimmt bei den Verkehrsströmen im europäischen Netz eine Drehscheibenfunktion wahr. Diese besondere Lage ist ein Standortvorteil, eine Stärke, die es zu nutzen gilt. Sachsen-Anhalt hat bereits eine hohe ausgewiesene Kompetenz im Logistikbereich, die es durch die enge Kooperation von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik auf europäisches Spitzenniveau gebracht hat. Diese Position gilt es zu halten und auszubauen. Hierbei setzen wir auf einen Verkehrsmix: Schiene, Straße, Wasser und auch Luft sind, wo immer möglich, zu Verkehrsknoten zu verbinden und zielgerichtet weiter zu entwickeln. Die CDU bekennt sich insbesondere zum Erhalt leistungsfähiger Binnenwasserstraßen, zum Lückenschluss im Autobahnnetz (A 14 und A 143) und zur weiteren Modernisierung des Schienennetzes.

Im Hinblick auf eine umweltgerechte Verkehrsgestaltung kommt dem Schiffsund Schienenverkehr eine wachsende Bedeutung zu. Die schifffahrtliche Nutzung unserer Wasserstraßen hat weiterhin unter Berücksichtigung ökonomischer und ökologischer Belange zu erfolgen. Darüber hinaus müssen wir Anreize für die Weiterentwicklung sparsamer Antriebstechniken setzen und den Einsatz alternativer Kraftstoffe befördern. Dazu müssen noch intelligente Logistikkonzepte kommen, die auch maßgeblich in Forschungseinrichtungen in Sachsen-Anhalt zu entwickeln sind.

Mit ökologisch wirksamen Rahmenbedingungen und marktwirtschaftlichen Mitteln wollen wir die Energieeffizienz des Luft-, Schiff- und Kraftfahrzeugverkehrs erhöhen, z.B. durch verbesserte Motortechnik, Einsatz von Biokraftstoffen und andere Maßnahmen.

Verkehrspolitik muss neben den Wachstumsregionen auch die strukturschwächeren Landesteile Im Blick haben. Beide müssen verbunden sein, damit alle am Aufschwung teilhaben können.

Auch in Regionen mit geringerer Bevölkerungsdichte und fehlenden Ballungszentren muss die Mobilität durch hinreichende Verkehrsanbindung gewährleistet werden. Dabei ist ökonomischen Aspekten Rechnung zu tragen. Daher sind neue Wege zu beschreiten und auch unkonventionelle Maßnahmen zu ergreifen. Beispiele wurden durch Systeme wie Ruf- oder Bürgerbusse im Rahmen des ÖPNV schon erprobt; sie sind weiter zu entwickeln. So halten wir Gestaltungschancen und Entwicklungspotentiale für den ländlichen Raum offen.

Verkehrssicherheit

Mobilität ist ein wesentliches Element für die Entfaltung der Persönlichkeit. Leichtigkeit oder Leistungsfähigkeit des Verkehrs kommen hierbei eine große Bedeutung zu. Dies darf dabei nicht zu Lasten der Verkehrssicherheit gehen, Menschen haben ein Recht auf ein sicheres Verkehrssystem.

Die CDU begrüßt alle geeigneten Maßnahmen, die die Ziele von EU und Bundesregierung fördern, die Zahl der Verkehrstoten bis zum Jahr 2020 zu halbieren.

Die bisherigen Ansätze für ein Mehr an Verkehrssicherheit gilt es nachhaltig auszuweiten und fortzuentwickeln. Die zu ergreifenden Maßnahmen müssen sich sowohl auf alle Infrastrukturmaßnahmen als auch auf den polizeilichen Bereich der Gefahrenabwehr erstrecken.

Demografischer Wandel

Das Gestalten des demografischen Wandels ist eine politische Querschnittsaufgabe, die sich auf nahezu alle Lebensbereiche auswirkt.

Die CDU erkennt die Handlungsnotwendigkeiten auf den verschiedenen Politikfeldern an und übernimmt hier den sich hieraus ergebenden Handlungs- und Gestaltungsauftrag in voller Verantwortung.

Die Bevölkerungsentwicklung in den Regionen Sachsen-Anhalts verläuft sehr unterschiedlich. Das hat Auswirkungen auf die Lebensqualität. Gerade Menschen in dünner besiedelten, oftmals ländlichen Regionen sind hiervon betroffen. Die Daseinsvorsorge in diesem Bereich erhält einen völlig neuen Stellenwert in der politischen Betrachtung.

Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse bleibt unser Ziel. Eigeninitiative muss vor Ort entwickelt werden. Lebensqualität wird auch in Zukunft in den einzelnen Regionen unterschiedlich definiert.

Der Staat hat aber die Wahrung von Mindeststandards der Daseinsvorsorge zu garantieren. Grundlegende öffentliche Dienstleistungen müssen in allen Landesteilen erreichbar bleiben.

Nur die Kombination aus Eigenverantwortung, staatlichen Leistungen und bürgerschaftlichem Engagement kann die Bedingungen schaffen, die die Menschen zur Gestaltung ihres Zusammenlebens benötigen und sie in den vertrauten Lebensumfeldern weiter wohnen lassen. Ziel ist eine aktivierende Gesellschaft, die den Einzelnen verstärkt motiviert und in die Lage versetzt, im Rahmen seiner Möglichkeiten Eigeninitiative und Eigenverantwortung zu übernehmen.

9. Inneres und Sport

Freiheit, Recht und Sicherheit

Es ist die Kernaufgabe aller Staatsgewalt, die Werteordnung unseres Grundgesetzes und die Grundrechte unserer Bürgerinnen und Bürger zu schützen und die Freiheit und Sicherheit jedes Einzelnen zu gewährleisten. Für beides – die Gewährleistung von Sicherheit und die Garantie der Freiheit – steht die CDU Sachsen-Anhalt. Der Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols kommt dabei eine große Bedeutung zu. Die CDU tritt für eine Verteidigung unserer Demokratie und der Werteordnung unseres Rechtsstaates ein. Daher sind mit Entschiedenheit alle Bestrebungen zu bekämpfen, die darauf gerichtet sind, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zu schwächen oder gar zu beseitigen.

Die Fortentwicklung der modernen Informationstechniken bedingen einen wirksamen Schutz vor Datenmissbrauch und die Aufklärung über die Folgen. Datenschutzinteressen sind mit dem Interesse an einer wirksamen Kriminalitätsbekämpfung in Einklang zu bringen.

Sicher leben in Sachsen-Anhalt

Die Stärkung der inneren Sicherheit ist seit jeher ein Markenzeichen der Politik der CDU. Sie hat daher stets sinnvolle und zweckmäßige Initiativen zur Verbesserung der inneren Sicherheit ergriffen bzw. unterstützt und wird dies auch in Zukunft tun. Deshalb bekennen wir uns zur Videoüberwachung, zum Warnschussarrest und zur Rasterfahndung.

Die Menschen in Sachsen-Anhalt haben ein Anrecht darauf, sich in ihrem Lande sicher zu wissen.

Das Sicherheitsgefühl der Menschen ist Bestandteil hoher Lebensqualität und ein entscheidender Standortfaktor für die Wirtschaft und für zukünftige Investitionen in Sachsen-Anhalt.

Die Polizei stärken

Die Polizei in Sachsen-Anhalt ist ein verlässlicher Partner für unsere Bürgerinnen und Bürger und Garant für die Sicherheit. Die CDU unterstützt die leistungsfähige, motivierte und als Autorität anerkannte Polizei und besteht auf der konsequenten Wahrung von Recht und Gesetz.

Damit die Arbeit und Präsenz der Polizei in der gesamten Fläche unseres Landes gewährleistet bleibt, brauchen wir eine ausreichende personelle Ausstattung, die Sicherung eines einsatzbereiten und leistungsfähigen Polizeinachwuchses sowie eine moderne und praxisnahe Ausund Fortbildung. Zur Verhinderung, Aufklärung und Ahndung von Straftaten, zum Schutz vor Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie für eine effektive Kriminalitätsbekämpfung haben darüber hinaus für die CDU Investitionen in eine technisch moderne Ausstattung hohe Priorität, die auch den wachsenden Herausforderungen durch neue Wege der Kommunikation und des technologischen Fortschritts gerecht wird.

Zunehmend werden Polizeibeamtinnen und -beamte bei der Ausübung ihres Dienstes mit Aggressivität sowie verbaler und physischer Gewalt konfrontiert. Diese Angriffe auf Polizeibeamtinnen und -beamte als sichtbare Repräsentanten des Staates sind Angriffe auf die Gesellschaft insgesamt und nicht hinzunehmen.

Zum Schutz der Polizeibeamtinnen und -beamten wird die CDU einer allgemeinen Kennzeichnungspflicht nur im bisher vorgesehenen Umfang zustimmen.

Sachsen-Anhalt: gegen Extremismus – für Toleranz und Weltoffenheit!

Unsere Demokratie lebt von der Achtung der Menschenwürde und dem Respekt gegenüber Andersdenkenden. Jedwede Form des politischen und religiösen Extremismus stellt diese Grundlagen des Zusammenlebens infrage. Daher ist jeder Form von Radikalisierung und deren Verharmlosung mit Entschiedenheit und mit allen rechtsstaatlichen Mitteln entgegenzutreten.

Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und religiöse Intoleranz dürfen in unserem Land keine Chance haben.

Dabei kommtden Verfassungsschutzbehörden innerhalbder Regelndes Rechts und der Verhältnismäßigkeit eine wichtige Aufgabe zu, um Menschenrechte, Freiheit und Demokratie zu sichern. Die CDU lehnt aus diesem Grund sämtliche Bestrebungen zur Abschaffung der Verfassungsschutzbehörden ab.

Feuerwehren, Zivil- und Katastrophenschutz

Auf die nichtpolizeiliche Sicherheitsvorsorge für unsere Bevölkerung in Sachsen-Anhalt ist Verlass. Über 35.000 Feuerwehrleute im Einsatzdienst, viele freiwillige Helfer im THW und in den Hilfsorganisationen und nicht zuletzt die Soldaten und Reservisten der Bundeswehr sorgen tagtäglich für die Sicherheit unserer Bürger. Sie gilt es zu unterstützen, um die geforderten Sicherheitsstandards aufrecht zu erhalten.

Insbesondere die freiwilligen Feuerwehren sind Garant für einen flächendeckenden Brandschutz im Land Sachsen-Anhalt. Zur Sicherung der flächendeckenden Einsatzbereitschaft unserer Feuerwehren benötigen wir zukunftsfähige Feuerwehrstrukturen, zum Beispiel durch eine weitergehende Kooperation zwischen einzelnen Feuerwehren sowie eine Sicherheitspartnerschaft aller im Land tätigen nichtpolizeilichen Sicherheitskräfte.

Weiterhin muss die Attraktivität des freiwilligen Dienstes in den Feuerwehren und anderen Organisationen gesteigert und Nachwuchswerbung betrieben werden. Wir unterstützen die Jugendarbeit und die Erschließung neuer Zielgruppen für dieses Ehrenamt und setzen uns für eine stärkere Anerkennung des Dienstes durch die Bevölkerung und Arbeitgeber ein.

Sport

Der Sport hat eine große begeisternde und integrative Kraft, um Menschen aus allen gesellschaftlichen Bereichen des Lebens zusammenzubringen und Gemeinsamkeiten zu schaffen. Damit ist er einer der bedeutsamsten Träger bürgerschaftlichen Engagements.

Zudem ist er von großer Bedeutung für die politische Arbeit im Land und hat darüber hinaus immer auch eine das Image prägende Funktion. Neben dem Spitzensport genießt der Breitensport sowie der Senioren- und Behindertensport eine hohe Wertschätzung.

Die CDU setzt sich für nachhaltige Strukturen unserer Sportstätten sowohl für den Schul- und Breitensport als auch für den Leistungssport ein. Ebenso muss die Aus- und Weiterbildung von haupt- und ehrenamtlichen Trainern und Übungsleitern darauf ausgerichtet sein, den Leistungs- und Breitensport weiter voranzubringen.

Wir werben dafür, dass in unseren Stadien, Sportanlagen und Sporthallen nationale wie auch internationale Meisterschaften stattfinden.

Vertriebene in ihrer Identität stärken – Aussiedler integrieren

Die großartige Aufbauleistung des deutschen Volkes unter Mitwirkung der Millionen Vertriebenen bildete nach den Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges das integrative Element mit der hiesigen Bevölkerung und festem Verwachsen in der neuen Heimat. Die CDU betrachtet es deshalb als längst überfällig auch unter den üblichen Normen des Gedenkverhaltens der Völker als eine Frage der nationalen Würde unseres Volkes dem Trauma der Vertreibung der Deutschen mit den Millionen Opfer und dem Verlust der Heimat einen nationalen Gedenktag einzuräumen.

Die CDU bekennt sich zur besonderen Verantwortung gegenüber den Deutschen in den Staaten Mittelosteuropas und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, deren Familien wegen ihrer Volkszugehörigkeit ein schweres Kriegsfolgenschicksal erleiden mussten. Die Aufnahme von bisher 77.000 Aussiedlern und Spätaussiedlern und ihre Integration als deutsche Staatsbürger in die deutsche Gesellschaft ist für uns deshalb Ausdruck einer besonderen politisch-moralischen Verpflichtung. Die CDU Sachsen-Anhalt will Aussiedlern und Spätaussiedlern gezielt Möglichkeiten zur politischen Mitwirkung einräumen.

Noch heute erleiden Millionen Menschen das Schicksal der Vertreibung. Die CDU tritt deshalb konsequent dafür ein, das Recht auf Heimat in die EU-Charta der Grundrechte aufzunehmen, um zu gewährleisten, dass dieses Grundrecht in allen Beitrittsstaaten durchgesetzt und damit Vertreibung als Mittel der Politik geächtet wird.

Integration und Vielfalt – Sachsen-Anhalt ist Heimat für uns alle

Ohne die gemeinsame Wertschätzung unseres freiheitlichen Gemeinwesens, ohne Patriotismus, ohne die Bereitschaft in Heimat und Nation Pflichten zu erfüllen, Verantwortung zu übernehmen und Solidarität zu üben, kann unser Land nicht gedeihen.

Nur mit dem klaren Bekenntnis zu uns selbst als einer durch Geschichte und Kultur geprägten Gemeinschaft freier Bürger, können wir Integration und Teilhabe überzeugend fordern. Unsere kulturellen Werte und historischen Erfahrungen sind die Grundlage für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Sie bilden unsere Leitkultur. Wir wollen sie mit Leben erfüllen.

Sachsen-Anhalt ist ein weltoffenes Land, in dem Menschen unterschiedlicher Herkunft leben und unser Land mit ihren Fähigkeiten und Eigenschaften bereichern. Für unsere Unternehmen sind qualifizierte und leistungsbereite Zuwanderer eine Bereicherung. Im Wettbewerb um Talente können die Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur Sachsen-Anhalts nicht auf sie verzichten. Daher tritt die CDU für eine aktive Willkommenskultur ein.

Für eine erfolgreiche Integration sind zum einen Kenntnisse der deutschen Sprache sowie gleichberechtigte Teilhabe an den Bildungsmöglichkeiten und zum anderen die Akzeptanz von Zuwanderung in der einheimischen Bevölkerung erforderlich.

Unsere Hochschulen sind attraktiv für Studierende aus aller Welt. Wir setzen uns dafür ein, dass dauerhaft gut ausgebildete und integrationswillige Menschen Sachsen-Anhalt als ihre neue Heimat annehmen können und wollen.

Mehr Bürgerbeteiligung und eine starke Demokratie durch Mitbestimmung vor Ort

Die CDU will mehr Bürgerbeteiligung und Mitbestimmung, aber auch klare und nachvollziehbare demokratische Entscheidungsprozesse. Der freie und mündige Bürger, der Verantwortung übernimmt oder sich für das Allgemeinwohl interessiert, bietet die beste Chance, das Demokratie erhalten und gestärkt wird.

Eine wesentliche Form der Bürgerbeteiligung ist die Teilnahme an Wahlen. Mit einer geringen Wahlbeteiligung wollen wir uns nicht abfinden. Vorbehalte gegenüber der Parteiendemokratie können nur durch einen verstärkten Dialog mit dem Bürger abgebaut werden. Wir wollen ein verständliches Wahlrecht mit klaren demokratisch legitimierten Mehrheiten.

Auf kommunaler Ebene ist die eingleisige Verwaltungsführung beizubehalten. Der Bürgermeister bzw. Landrat ist im Interesse einer straffen und verantwortungsvollen Verwaltung die Spitze der Kommune. Er ist hauptamtlicher Chef der Verwaltung, ihm obliegt die alleinige Vertretung nach außen. Die Direktwahl der Bürgermeister bzw. Oberbürgermeister und Landräte hat sich bewährt. Stichwahlen reduzieren wegen der meist geringen Wahlbeteiligung die demokratische Legitimation. Deshalb sind sie zu überdenken und perspektivisch abzuschaffen.

Für mehr Akzeptanz bei großen Investitionsvorhaben wollen wir eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung sicherstellen, die die bisherigen Planungsverfahren informativ begleitet. Ein Instrument für den ausgedehnten Bürgerdialog ist das Bereitstellen von Planungsunterlagen im Internet.

10. Kommunales

Leistungsfähige Kommunen – starker Staat: Die Kommune als Basis des Staates

Kommunale Selbstverwaltung ist die Grundlage unseres demokratischen, föderativen Staatsaufbaus. In diesem Sinne verstanden ist die Kommune die Keimzelle des Staates. Andererseits ist für eine leistungsfähige Selbstverwaltung der aktive, mitgestaltende Bürger unverzichtbare Voraussetzung. Daher brauchen wir auch zukünftig überschaubare und bürgernahe Kommunen.

Auf Grund dieser Überschaubarkeit in den Städten, Gemeinden und Landkreisen ist die kommunale Selbstverwaltung die bürgernächste Verwaltung, denn sie ist die häufigste behördliche Anlaufstelle der Bürger. Hier wird maßgeblich das Vertrauen der Bürger in das Funktionieren des Staates geprägt.

Die CDU Sachsen-Anhalt ist die am stärksten in den Kommunen unseres Landes verwurzelte Partei. Im engen Austausch mit den Bürgermeistern und Landräten sowie unseren Mandatsträgern in den Stadt- und Gemeinderäten und in den Kreistagen wissen wir um die wichtigen Aufgaben, die auf kommunaler Ebene zu leisten sind.

Die kommunalen Mandatsträger sind mit den Ideen, Wünschen, aber auch Sorgen der Menschen in Sachsen-Anhalt vertraut. Die Union wird die Kommunen auch künftig bei ihren Aufgaben besonders unterstützen. Nur dann ist gewährleistet, dass die zahlreichen ehrenamtlichen Mandats- und Verantwortungsträger ihre neben dem Beruf ausgeübte Tätigkeit fortsetzen können. Für uns ist Subsidiarität der Schlüssel für eine bürgernahe Verwaltung. Ausdruck des Subsidiaritätsprinzips ist die kommunale Selbstverwaltung.

Wo verantwortungsbewusste und verantwortungsbereite Bürger an der Gestaltung der örtlichen Gemeinschaft mitwirken, haben extreme und antidemokratische Kräfte keine Chancen. Vor allem die Handlungsspielräume der örtlichen Gemeinschaften sind Garanten einer lebendigen Demokratie.

Gebietsreform abgeschlossen – Funktionalreform umsetzen

Die Kommunen haben 1990 und in den darauf folgenden beiden Jahrzehnten leistungsstarke und bürgernahe Verwaltungen aufgebaut. In mehreren Schritten wurden durch die Gebietsreformen zukunftsfähige Gemeinde- und Kreisstrukturen geschaffen.

Jetzt muss die Verwaltungs- und Funktionsreform für Landkreise und Gemeinden angegangen werden. Der Grundsatz der Subsidiarität ist dabei der Leitgedanke.

Neue Formen interkommunaler Zusammenarbeit sind notwendig, um eine funktionsfähige Verwaltung in und zwischen den Kommunen zu gewährleisten.

Die Kommunalverfassung weiterentwickeln

Die kommunale Selbstverwaltung als Verfassungsgrundsatz verlangt, dass der Staat von unten nach oben aufgebaut wird und Verwaltungsaufgaben weitestgehend dezentral zu erledigen sind. Die Gemeinde ist die Grundlage des demokratischen Staates, ihr muss die Möglichkeit gegeben werden, zum Wohl ihrer Einwohner ihre Angelegenheiten in eigener Verantwortung zu verwalten. Deshalb ist die Allzuständigkeit der Gemeinden Grundsatz des Kommunalrechts

Auch Zuständigkeiten für staatliche Aufgaben sind damit schon im Interesse der Bürgerfreundlichkeit in größtmöglichem Umfange auf die örtliche Ebene zu verlagern.

Die Aufgaben der Landkreise und kreisfreien Städte

Innerhalb der "kommunalen Familie" erledigen die Landkreise die öffentlichen Aufgaben von überörtlicher Bedeutung und solche, die die Verwaltungs- und Finanzkraft der kreisangehörigen Gemeinden übersteigen. Die Landkreise üben Kommunalaufsicht über die Gemeinden aus, sind aber nicht vorgesetzte Behörden. Im Rahmen der Funktionalreform ist die Stellung der Landkreise auch als Träger der Regionalplanung zu stärken.

Die kreisfreien Städte in Sachsen-Anhalt sind zentrale Entwicklungspunkte auf den verschiedensten Gebieten. Diese Funktion erbringen sie für das gesamte Land und insbesondere für die sie umgebenen Regionen. Wir erkennen diese Rolle und Aufgabe der kreisfreien Städte an. Wir werden uns für eine Erweiterung und Qualifizierung der regionalen Zusammenarbeit einsetzen.

Eigenverantwortliche kommunale Finanzwirtschaft

Kommunale Selbstverwaltung und ortsnahe bürgerfreundliche Verwaltungstätigkeit setzen eine eigenverantwortliche kommunale Finanzwirtschaft voraus. Den Kommunen muss im Rahmen der Gesetze in vollem Umfange das Recht zu eigenen angemessenen Finanzquellen gegeben werden.

Wir bekennen uns zum erfolgreichen Instrument des aufgabenorientierten Finanzausgleichsgesetzes und wollen es aufgrund der damit verbundenen Herausforderungen auch zur Stärkung des ländlichen Raums weiterentwickeln. Ziel bleiben gleichwertige Lebensverhältnisse zwischen kreisfreiem und kreisangehörigem Raum.

Das Auslaufen des Solidarpaktes II Ende 2019 stellt unser Land und seine Kommunen vor große Herausforderungen. Ziel der CDU in Sachsen-Anhalt ist es, dass die öffentliche Verwaltung auch ohne die bisherigen Transferleistungen leistungsfähig bleibt, ihr Leistungsangebot steigern und die Bürger und Unternehmen hervorragend begleiten kann.

Die Finanzpolitik muss darüber hinaus sicherstellen, dass für freiwillige Leistungen angemessene Gestaltungsspielräume geschaffen werden.

Wir werden finanzielle Handlungsfähigkeit durch verantwortungsbewusste Haushalts- und Finanzpolitik sowie wirtschaftliche Wachstumsimpulse seitens der Verwaltung und in der Verwaltung sichern.

Die CDU Sachsen-Anhalt bekennt sich zum Konnexitätsprinzip zwischen Land und Kommunen. Wir werden sicherstellen, dass pflichtige und freiwillige kommunale Aufgaben auch zukünftig erledigt werden können. Für Aufgabenerweiterungen und neue Leistungspflichten muss den Kommunen auch künftig eine gesicherte Finanzierung zur Verfügung stehen.

Die Verankerung des Neuverschuldungsverbots in der Verfassung des Landes ist aus Sicht einer nachhaltig gestalteten Politik auch im Interesse der kommunalen Ebene.

Klare Regeln für die wirtschaftliche Tätigkeit

Das Recht auf wirtschaftliche Betätigung der Kommunen bedarf insbesondere hinsichtlich der Abgrenzung zwischen wirtschaftlichen und nicht wirtschaftlichen Unternehmen klarer Regelungen.

Daseinsvorsorge

Sachsen-Anhalt ist ein Land mit starken Regionen. Der ländliche Raum und die großen Städte stehen für die CDU Sachsen-Anhalt gleichberechtigt nebeneinander. Hinzu kommt, dass Sachsen-Anhalt anders als viele andere Bundesländer von kleineren und mittleren Städten geprägt ist, die im ländlichen Raum liegen. Die Mittelzentren sind Ankerpunkt für die Bevölkerung der Umgebung.

Der Geburten- und Bevölkerungsrückgang wirkt sich besonders außerhalb der großen Städte aus. Daher werden die Kommunen bei der Erledigung ihrer Aufgaben künftig verstärkt miteinander kooperieren müssen.

Die rückläufigen Geburtenzahlen im Land und die zunehmende Zahl älterer Menschen bestimmen die Ziele unserer Regionalentwicklung für die nächsten Jahre. Wir setzen uns dafür ein, die Versorgungsstrukturen im ländlichen Raum zukunftsfähig auszurichten und weiterzuentwickeln.

Die Kommunen sollen individuelle Wege gehen können, um passgenau Bildungsangebote anzubieten oder die Daseinsvorsorge wie etwa Wasserverund Abwasserentsorgung zu organisieren. Wir wollen auch künftig dafür sorgen, dass die Schulen erreichbar bleiben und die medizinische Versorgung gesichert ist.

Schnelles Internet für alle

Der Prozess der Digitalisierung eröffnet die große Chance, die kommunikative Teilhabe unserer Menschen langfristig auf dezentralen Strukturen zu sichern und neue Unternehmensformen und -konzepte auch im ländlichen Raum zu etablieren.

Wir brauchen aber auch neue Ideen, um entsprechend der Kleinteiligkeit und den Besonderheiten der regionalen Wirtschaft den ländlichen Raum weiter attraktiv zu gestalten.

Zukunftsfeste Breitbandverbindungen sind eine Voraussetzung, damit Dienstleistungsunternehmen und Verwaltungen die Standortvorteile des ländlichen Raumes nutzen und Arbeitsplätze schaffen können.

Gemeinden, mit denen man sich identifizieren kann

Familien- und seniorenfreundliche Kommunen sollen das Zusammenleben von Jung und Alt in jedem Ort in Sachsen-Anhalt aktivieren. Wir wollen auch generationenübergreifendes Wohnen in den Kommunen fördern. Jungen Familien soll der ländliche Raum ein lebenswertes und kinderfreundliches Umfeld geben und vor allem eine Bleibe und Entwicklungsperspektive.

Der ländliche Raum mit seinen Kommunen hat unersetzliche Funktionen als Lebens-, Arbeits- und Erholungsraum für alle Sachsen-Anhalter und seine Gäste und ist als Kulturraum unverzichtbarer Teil der Identität des Landes. Kultur- und Heimatpflege vermitteln den Bürgern Heimatgefühl und sind identitätsstiftend.

Das Ehrenamt fördern

Die kommunalen Vertretungen sind für die Dauer von fünf Jahren gewählt. Wir wollen das Kommunalrecht so ausgestalten, dass kommunalpolitische Tätigkeit attraktiv ist und ein hoher Sachverstand in den Vertretungen erreicht wird. Wir wollen das ehrenamtliche Engagement der Kommunalpolitik stärken und eine hohe Effektivität der Mitgestaltung gewährleisten. Daran hat sich insbesondere die Organisation der Arbeit in den kommunalen Vertretungen und ihren Ausschüssen zu orientieren. Die Beteiligung der Bürger in Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft bei Anerkennung des grundlegenden Prinzips der repräsentativen Demokratie ist eine Säule der kommunalen Selbstverwaltung. In einer Kommunalverfassung sind deshalb plebiszitäre Elemente wesentliche Bestandteile.

Öffentlicher Dienst

Der öffentliche Dienst muss auch in der Zukunft als Arbeitgeber attraktiv aufgestellt sein. Dabei setzen wir auf ein modernes und flexibles Dienstrecht und Vergütungssystem.

Staat und Kommunen müssen von überflüssigen Tätigkeiten und Bürokratie befreit werden und zugleich wichtige Aufgaben eines modernen Rechtsstaates erfüllen können.

Komplexe Genehmigungsverfahren werden wir straffen und vereinfachen und zudem aus Sicht der Bürger evaluieren. Die notwendige Standardflexibilisierung trägt dazu bei, Kosten und Nutzen von neuen Rechtsvorschriften zu erfassen und Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten. Neue technische Entwicklungen führen zu neuen Möglichkeiten, die Verwaltung unabhängig vom eigenen Standort zu erreichen.

Eine gut arbeitende kommunale Selbstverwaltung benötigt qualifiziertes Personal. Durch Qualifizierung vorhandenen Personals und die gezielte Ausbildung junger Menschen muss eine bürgernahe und kompetente Verwaltung in den Kommunen und Behörden erhalten werden. Gezielte Personalentwicklungskonzepte sind dafür ein unersetzlicher Bestandteil.

11. RECHT UND JUSTIZ

Freiheit und verantwortliches Rechtsbewusstsein gehören untrennbar zusammen, damit der Grundkonsens des demokratischen Verfassungsstaates stark und tragfähig bleibt. Dazu gehört die Anerkennung und Förderung jedes Menschen unabhängig von seinem Geschlecht, Religion, Abstammung oder Herkunft mit dem Ziel der tatsächlichen Chancengleichheit.

Stärkung der unabhängigen Justiz

Die unabhängige Justiz ist das Rückgrat unseres Rechtsstaates. Sie ist Garant für Rechtssicherheit und Rechtsfrieden in unserem Land und schützt die Bürgerinnen und Bürger vor Willkür und Machtmissbrauch. Sie ist Grundlage für den Schutz der Menschenrechte und zur Wahrung des wirtschaftlichen und sozialen Wohlstands.

Die zentralen Aufgaben der Rechtspolitik können nur durch leistungsfähige und bedarfsgerecht ausgestattete Justizbehörden sichergestellt werden. Wir wollen einen starken, aber schlanken Staat mit einer effizienten Gerichtsbarkeit. Der rechtsuchende Bürger bleibt das Maß aller Dinge. Er steht im Mittelpunkt aller Anstrengungen der Justiz. Grundsätzlich gilt: Nur klares, schnelles und verständliches Recht ist gutes Recht. Eine überlange Verfahrensdauer verletzt die Rechte des Bürgers und vereitelt die zügige Wiederherstellung des Rechtsfriedens.

Durch die von der CDU gestützte Justizstrukturreform aus dem Jahr 2006 ist eine leistungsstarke und zukunftsfähige Justizlandschaft in Sachsen-Anhalt entstanden. Die weitere Modernisierung der Rechtspflege bleibt ein wichtiges rechtspolitisches Ziel. Wege hierfür sind die Einführung von Qualitätsstandards in der Justiz, die Optimierung der Organisationsabläufe, Frauenförderung für Führungspositionen sowie eine sinnvolle Ausweitung der Kosten- und Leistungsrechnung. Die gütliche Streitbeilegung in und außerhalb von Gerichtsverfahren (z.B. Mediation) ist zu stärken. Das Vertrauen in die Justiz und ihre Bürgernähe kann zum Beispiel auch durch eine verständliche Rechts- und Verwaltungssprache gestärkt werden.

Die beklagenswerte, aber gleichwohl nicht immer aufzuhaltende Normenflut sowie die zunehmende Spezialisierung stehen einer Zusammenlegung von Gerichtsbarkeiten entgegen. Stattdessen ist der Wechsel der Mitarbeiter zwischen den Gerichtsbarkeiten zu erleichtern. Die Unabhängigkeit der Richterinnen und Richter kann durch einen Ausbau der Richterselbstverwaltung dabei sogar gestärkt werden. Weiter setzt sich die CDU Sachsen-Anhalt – wo immer möglich – für eine Vereinheitlichung der Gerichtsverfassung und Prozessordnungen ein.

Ehrenamtliches Engagement in der Justiz erhält unsere volle Anerkennung. Es bedarf einer Anerkennungskultur und bestmöglicher Rahmenbedingungen für die Ausübung des Ehrenamtes.

Wertevermittlung als Prävention

Es ist unser Ziel, alle erkannten Täter dem Strafanspruch des Staates zu unterwerfen. Neben einer konsequenten Verbrechensbekämpfung setzten wir uns für eine effiziente Kriminalitäts- und Gewaltprävention ein. Insbesondere Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendkriminalität bilden einen Schwerpunkt zur Erhöhung der Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger. Der hohe Anteil von tatverdächtigen Kindern und Jugendlichen im Bereich Eigentums- und Gewaltkriminalität ist besorgniserregend. Mit Mitteln der Bildungs- und Sozialpolitik muss sich der Staat der Orientierungslosigkeit

vor allem Jugendlicher stellen. Erziehung muss wieder stärker dem Erhalt positiver, am Gemeinschaftswohl orientierter Werte verpflichtet sein. Sie soll insbesondere die Achtung vor dem Leben und dem Eigentum vermitteln. Die Wertevermittlung an den Schulen ist dafür eine geeignete Ergänzung.

Wir wirken dem fortschreitenden Verlust von Rechtsbewusstsein und dem damit verbundenen Werteverlust entgegen. Wir wollen null Toleranz bei Rechtsverstößen, auch wenn sie massenhaft begangen werden. Eine Entkriminalisierung von "Kavaliersdelikten", wie z.B. illegale Graffiti, Schwarzfahren, Ladendiebstahl oder Rauschgiftbesitz, lehnen wir daher ab. Wir wollen keine Verharmlosung von Rechtsverstößen, da hierdurch Hemmschwellen gesenkt werden und das Vertrauen in den Rechtsstaat erschüttert wird. Die Möglichkeit für Präventions- und Sanktionsmaßnahmen gegenüber Intensivtätern im Kindes- und Jugendalter ist auszuweiten.

Die Vorschriften zum Schutz von Jugendlichen vor gewaltverherrlichenden Medien, Alkohol und Drogen wollen wir konsequent umsetzen. Wir lehnen die Freigabe von so genannten weichen und harten Drogen ab.

Opferschutz vor Täterschutz

Die verfassungsmäßige Ordnung des Grundgesetzes verlangt es, dass sich die staatlichen Organe schützend vor die Opfer von Straftaten stellen. Der Schutz und die Not der Opfer und die ihnen zu Teil werdende Hilfe haben Vorrang vor dem Schutz der Täter. Dies gilt insbesondere dann, wenn Kinder und Jugendliche Opfer von Straftaten werden. Opfer von Straftaten sind oft nicht nur materiell oder körperlich, sondern auch seelisch verletzt. Um die Opfer optimal zu schützen, sind ihre Rechte zu verbessern. Die vorhandenen Instrumente des Zeugen- und Opferschutzes sollen konsequent angewandt und weiter ausgebaut werden. Es bedarf einer Erleichterung der Informa-Verfahrensstand, tionsweitergabe Informationsmöglichkeiten zum über Schutz- und Entschädigungsmöglichkeiten sowie Hilfe bei der Kontaktaufnahme mit Opferhilfeeinrichtungen. Anspruch auf Solidarität der Gesellschaft haben in erster Linie Opfer – und nicht Täter. Irrwege der Justizund Strafvollzugspolitik müssen korrigiert werden.

Opfer von Straftaten empfinden es als einen Ausdruck von Rechtsstaatlichkeit, wenn die Tat zügig geahndet wird. Nur eine schnelle und vor allem wirkungsvolle Strafvollstreckung garantiert die Einhaltung der Rechtsordnung und ist daher Opferschutz. Hierzu benötigen wir einen Ausbau des bewährten beschleunigten Verfahrens. Die Strafe muss der Tat auf dem Fuß folgen. Eine Bestrafung der Täter muss immer tat- und schuldangemessen auch das den Opfern zugefügte Leid berücksichtigen.

Daneben unterstützen wir den Wunsch der Opferorganisationen für eine zügige und hinreichende Wiedergutmachung.

Die CDU bekennt sich zu einer weiteren Unterstützung der vorhandenen Opferorganisationen.

Tatsächliche Reintegration Straffälliger anstreben

Die Resozialisierung muss ihrer Schlagworte entkleidet und als Reintegration verstanden werden. Die stufenweise Vorbereitung auf ein straffreies Leben in sozialer Verantwortung muss in der Vollzugsanstalt einsetzen. Die Schutzlücke, die durch die notwendige Neuregelung der Sicherungsverwahrung entstehen kann, muss geschlossen werden. Die stets zu schützende Menschenwürde des entlassenen Straftäters steht gleichwertig neben dem Schutz der Bevölkerung vor Straftaten.

Wir brauchen innovative Ausbildungsprojekte im Strafvollzug und eine seriöse Resozialisierung von Straftätern, ohne hierbei die Sicherheit der Bevölkerung und der Vollzugsbediensteten zu gefährden. Die freie Straffälligenhilfe und das Übergangsmanagement für jugendliche Straftäter sind wichtige Elemente einer erfolgreichen Integration von Straffälligen in die Gesellschaft.

Justizvollzug

Schwerpunkt unserer Justiz- und Rechtspolitik ist die Gewährleistung eines gerechten Strafvollzugs, der vorrangig das Interesse der Bevölkerung an Sicherheit und Schutz vor Intensiv- und Rückfalltätern berücksichtigt. Im Vollzug der Freiheitsstrafe soll der Gefangene fähig werden, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen.

Die CDU empfindet es als eine besondere Verpflichtung, die Sicherheit der Bevölkerung durch einen effizienten und auf Resozialisierung ausgerichteten Justizvollzug zu verbessern. Lockerungen im Justizvollzug müssen sich immer in ein nachhaltiges Resozialisierungskonzept einfügen. Zur Sicherung der Allgemeinheit, aber auch zur Gewährleistung des Resozialisierungszieles muss immer sorgfältig geprüft werden, ob Missbräuche der Lockerungen zu erwarten sind. Der Vollzug muss die Bereitschaft des Gefangenen wecken und fördern, an für ihn geeigneten Maßnahmen mitzuwirken. Nutzen kann der Gefangene seine Chance aber letztlich nur selbst.

Die zukunftssichere Ausgestaltung der Justizvollzugsstrukturen ist uns ein Kernanliegen. Es geht darum, losgelöst von lokalen Interessen die beste

Lösung für unser Land zu finden. Zur Realisierung der Anforderungen an einen modernen Strafvollzug benötigen wir Vollzugsanstalten mit verfassungskonformen Haftplätzen. Die Personalausstattung muss im Hinblick auf die Herausforderungen des modernen Justizvollzuges selbstverständlich aufgabenbezogen sichergestellt werden.

Zivilcourage des Bürgers stärken

Die Zivilcourage der Bürgerinnen und Bürger gilt es zu stärken. Staatliches Handeln und die gesamte Gesellschaft hat sie, z.B. durch öffentliche Anerkennung, zu fördern und zu schützen. Zugleich gilt es, sich der Opfer von Verbrechen solidarisch anzunehmen.

SED-Unrecht nicht vergessen

Rechtsbewusstsein kann nur dann wachsen, wenn wir der Aufgabe gerecht werden, das begangene Unrecht, soweit es in unserer Macht steht, auszugleichen und die Opfer zu entschädigen. Auch jenseits des strafbaren Unrechts der kommunistischen Diktatur ist zu prüfen, wo die Willkür der DDR, z. B. im Rentenrecht, noch aktuell Folgen hinterlassen hat und wie diese beseitigt werden können.

12. Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Unsere Land- und Forstwirtschaft hat Zukunft!

Unsere Heimat Sachsen-Anhalt hat eine bedeutende land- und forstwirtschaftliche Tradition. Unsere Land- und Forstwirte sorgen für eine flächendeckende Landbewirtschaftung, produzieren gesunde und hochwertige Lebensmittel, Rohstoffe und Energie. Sie übernehmen zusätzlich Dienstleistungs-, ökologische und Ausgleichsfunktionen für Gesellschaft, Natur und Umwelt.

Die Land- und Forstwirtschaft ist mit der Fischerei und dem Gartenbau auch als Arbeitgeber eine tragende Säule im ländlichen Raum. Sie stabilisiert und sichert Infrastruktur. Durch den demografischen Wandel kommen weitere Herausforderungen auf uns zu, um unsere ländlichen Regionen zu erhalten und zu stärken.

Hier werden wir dem Prinzip der Nachhaltigkeit, dessen Wurzeln in der Landund Forstwirtschaft liegen, eine noch größere Bedeutung beimessen. So leisten die Land- und Forstwirte zusammen mit dem Gartenbau, der Fischerei und der Jagd einen wichtigen Beitrag zum Umwelt- und Naturschutz sowie zum Erhalt der heimischen Kulturlandschaft.

Ziel unserer Politik ist es, die Rahmenbedingungen für eine weitere nachhaltige Entwicklung unserer land- und forstwirtschaftlichen Betriebe aktiv zu gestalten. Dabei sehen wir den ökologischen und konventionellen Landbau als gleichrangig an.

Land- und forstwirtschaftliches Landesvermögen soll in besonderer Weise dem Prinzip der Nachhaltigkeit unterliegen und nicht kurzfristigen fiskalischen Zwecken.

Nachhaltige und verantwortungsvolle Landwirtschaft in leistungsfähigen Betrieben

Wir wollen, dass unsere Land- und Forstwirtschaft dauerhaft erfolgreich am Markt ist. Unser Ziel ist es, die bäuerlich-unternehmerische Land- und Forstwirtschaft in ihrer Vielfalt zu erhalten und weiterzuentwickeln. Es müssen zukunftsträchtige Produktionsverfahren angewandt werden, die wettbewerbsfähig, qualitativ hochwertig, umwelt- und tiergerecht sind. Wir brauchen stabile land- und forstwirtschaftliche Strukturen. Voraussetzung dafür ist auch eine ausgewogene Verteilung von Grund und Boden.

Boden ist ein nicht vermehrbarer Produktionsfaktor und verdient besonderen Schutz. Wir stehen für das Prinzip des umfassenden und generationenübergreifenden Schutzes der Eigentumsrechte ein. Diese sind konsequent einzuhalten.

Eigentum beinhaltet Verantwortung. Dieser unlösbare Zusammenhang führt zu gelebter Nachhaltigkeit. Wir treten für Transparenz über die Eigentumsverhältnisse des Bodens ein. Diesbezügliche gesetzliche Voraussetzungen sind zu schaffen.

Unsere fruchtbaren Böden sind ein traditioneller Standortvorteil für die Betriebe in Sachsen-Anhalt. Landwirtschaftliche Nutzfläche muss erhalten und geschützt werden. Der Verbrauch landwirtschaftlicher Flächen muss zurückgeführt werden. Hier befürwortet die CDU Sachsen-Anhalt ein abgestimmtes, ganzheitliches Flächenmanagement, um Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen effizienter aufeinander abzustimmen.

Bei der Privatisierung von staatlichen Flächen sollen agrarstrukturelle Erwägungen Vorrang haben.

Unsere Landwirtschaft soll auch künftig durch eine enge Einbindung in die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen im ländlichen Raum geprägt sein. Wir wollen eine Land- und Forstwirtschaft, die in und mit dem Dorf lebt. Grunderwerb zu reinen Spekulationszwecken lehnen wir ab.

Wir wollen, dass sich das Eigentum an land- und forstwirtschaftlichen Flächen möglichst in den Händen der wirtschaftenden Betriebe befindet. Land- und forstwirtschaftliche Betriebe sollten ortsansässig, selbst haftend und im regionalen Gemeinleben verwurzelt sein.

Umweltschutz und Schutzmaßnahmen

Eine erfolgreiche Umweltpolitik bedarf der engen Zusammenarbeit mit den Land- und Forstwirten; sie kann nicht gegen sie erreicht werden. Die Land- und Forstwirtschaft Sachsen-Anhalts trägt durch umweltgerechte Bewirtschaftungsmethoden zum guten ökologischen Zustand der Flächen und damit aktiv zum Naturschutz bei.

Auflagen, die die forst- oder landwirtschaftliche Produktion einschränken und aus Anforderungen des Naturschutzes oder des Wasserschutzes resultieren, wollen wir in Bewertung erbrachter Schutzleistungen und künftiger Herausforderungen entgelten.

Land- und Forstwirte sind für freiwillige Umweltleistungen gesondert zu entlohnen. Dafür setzen wir uns ein.

Mit Flurneuordnung und Pflugtauschverfahren ländliche Strukturen sichern

Die Flurneuordnungsverfahren insbesondere bei Infrastrukturmaßnahmen sind notwendig, um eine klare, neue Eigentumszuordnung durchzuführen. In die Verfahren der Flurneuordnung wird die Weiterentwicklung des ländlichen Wegebaus integriert.

Die Pflugtauschverfahren sind eine kostengünstige und sinnvolle Ergänzung der Flurneuordnungsverfahren, weil mit der Schaffung effizient zu bewirtschaftender Schlaggrößen die zukunftsorientierte Entwicklung der Betriebe möglich ist. Durch geeignete Maßnahmen ist der Pflugtausch als verlässliches Instrument nachhaltig zu stärken.

Unsere Landwirtschaft erfolgreich am Markt

Im Zuge der Globalisierung und der Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union gelten auch für Land- und Forstwirtschaft immer stärker die Regeln des Marktes. Dieser Herausforderung haben sich die Betriebe in Sachsen-Anhalt bisher erfolgreich gestellt. Künftig muss die Wertschöpfung je Hektar – durch tierische Veredlung und Sonderkulturen – weiter erhöht werden.

Chancen für die Stärkung der ökonomischen Basis unserer Landwirtschaft sehen wir auch in Erzeugergemeinschaften sowie im regionalen Warenangebot. Die Position der Landwirtschaft gegenüber Handel und Verarbeitung wollen wir stärken.

Herstellung hochwertiger Nahrungsmittel als dauerhafte Aufgabe unserer Landwirtschaft

Auch vor dem Hintergrund einer weiter wachsenden Weltbevölkerung – und der Herausforderung der Versorgung der Menschen mit ausreichender und hochwertiger Nahrung – sehen wir das Primat der Lebensmittelerzeugung.

Allerdings sind wir uns angesichts der Energiewende in Deutschland bewusst, welche Erwartungen an die Nutzung landwirtschaftlicher Rohstoffe gerichtet werden. Um die gesellschaftliche Akzeptanz zu sichern, die Biodiversität nicht zu gefährden und die Versorgung der Menschen mit Lebensmitteln zu gewährleisten, setzen wir auf ganzheitliche Konzepte, die dem Primärziel unserer Agrarbetriebe nicht entgegenlaufen.

Durch die Nutzung von geeigneten Standorten sowie die Verwertung von landwirtschaftlichen Reststoffen, die beispielsweise bei der Viehhaltung anfallen, setzen wir uns für eine Verringerung der Flächenkonkurrenz ein.

Tierschutz weiterentwickeln und artgerechte, gesellschaftlich anerkannte und wettbewerbsfähige Nutztierhaltung fördern

Sachsen-Anhalt ist ein Land mit geringer Viehbesatzdichte. Diese umweltverträgliche Relation zwischen Fläche und Viehhaltung bietet eine gute Grundlage für die Stärkung unserer heimischen Nutztierhaltung. Dabei hat der verantwortungsvolle Umgang mit Tieren für uns – schon aus Respekt vor der Schöpfung – ganz besondere Bedeutung.

Unsere Haus- und Nutztierhaltung muss stärker artgerecht erfolgen und weiter gestärkt werden. Der Anspruch der Weiterentwicklung einheitlicher

Standards auf EU- sowie internationaler und nationaler Ebene auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse soll weiter verfolgt werden.

Verbraucherschutz weiter stärken – gesunde Ernährung fördern

Wir werden einen zeitgemäßen und verbesserten Schutz der Verbraucher einrichten. Dabei sehen wir keinen grundlegenden Gegensatz zu wirtschaftlichen Interessen. Wir sehen nicht nur den Menschen als Verbraucher, sondern dass ein starker Verbraucherschutz auch ein wesentlicher Bestandteil der sozialen Marktwirtschaft ist. Klare Regeln und Standards, deren Einhaltung der Staat wirksam durchsetzen kann, schützen unseren Markt und unsere Wirtschaft vor minderwertiger und unlauterer Konkurrenz. Als CDU orientieren wir uns am Leitbild des mündigen und verantwortungsvollen Verbrauchers. Die Produktion von gesunden, unbelasteten Nahrungsmitteln steht im Mittelpunkt. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die Grundlagen für gesundes Ernährungsverhalten im Kindesalter gelegt werden.

Die CDU steht in Sachsen-Anhalt für eine Null-Toleranz bei Betrug im Lebensmittel- und Konsumbereich sowie beim Abschluss von Finanzgeschäften.

Gute Landwirtschaft - gute Ausbildung

Wir brauchen auch morgen und übermorgen Frauen und Männer, die Landwirtschaft mit Können und Leidenschaft betreiben. Voraussetzung ist eine qualifizierte Aus-, Fort- und Weiterbildung, die weiterhin vom Land vorzuhalten ist.

Die Landwirtschaft der Zukunft braucht angesichts globaler Herausforderungen – wie etwa dem weltweiten Bevölkerungswachstum sowie dem Klimawandel – den technischen Fortschritt. Daher wollen wir ein positives Forschungsumfeld zur Förderung des Agrarclusters sicherstellen. Die Kooperation mit anderen Bundesländern und dem Bund soll bei der landeseigenen Agrarforschung sowie dem Lehr- und Versuchswesen gestärkt werden. Ähnlich wie für die Landwirtschaft muss auch ein positives Forschungsumfeld zur Förderung des Clusters Holz und Forst sichergestellt werden. Unabhängige Forschungen und Entwicklungen sowie Innovationen sind wichtig für den Landwirtschafts- und Forststandort Sachsen-Anhalt. Wir unterstützen die Anwendung der Biotechnologie, lehnen Patente auf Tiere und Pflanzen jedoch ab.

Forstwirtschaft und Sachsen-Anhalts Wälder im Einklang

Das heutige Deutschland ist – trotz hoher Siedlungsdichte und Industrialisierungsrate – in der EU ein vergleichsweise waldreiches Land und verfügt in seinen Wäldern über hohe Holzvorräte. Innerhalb Deutschlands ist Sachsen-Anhalt eine eher waldarme Region. Seit 1992 konnte der Waldanteil in Sachsen-Anhalt erheblich gesteigert werden. Unser Ziel ist es, diese positive Entwicklung fortzusetzen.

Damit sich unsere Forstwirtschaft, die von langlebigen Prozessen geprägt ist, auch weiter gut entwickeln kann, brauchen wir Kontinuität in den Strukturen. Wir halten an der bewährten und qualifizierten Ausbildung im Forstbereich fest.

Holzressourcen für eine nachhaltige Nutzung und den Klima- und Umweltschutz sichern

Die Sicherung der vorhandenen Holzressourcen für eine nachhaltige Nutzung ist für uns von enormer umwelt- und wirtschaftspolitischer Bedeutung, weil Wald und Holzprodukte als CO₂-Speicher eine herausragende klimatische Funktion erfüllen und der Cluster Forst und Holz gerade in Sachsen-Anhalt mit einer Vielzahl von Arbeitsplätzen in den strukturschwachen ländlichen Regionen wirtschaftspolitische Bedeutung hat.

Wald und Forstwirtschaft im Klimawandel

Wald und Forstwirtschaft leisten nicht nur einen erheblichen Beitrag zum Klimaschutz. Veränderungen müssen aufgefangen werden durch den zielgerichteten Einsatz von Förderinstrumenten zur Erhöhung der organisatorischen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Forstbetriebe. Insbesondere im Klein- und Kleinstprivatwald wird unsere Unterstützung besonders im Bereich Verkauf und Vermarktung benötigt. Darüber hinaus ist die Sicherstellung des Forstschutzes im Wald bis hin zur logistischen und sonstigen Infrastruktur gefordert, um im Falle von Kalamitäten und Waldschäden im Wald handlungsfähig zu sein. Die Ausrichtung der Forstpolitik auf die zu erwartenden klimatischen Veränderungen mit einem ideologiefreien Leitbild für den Wald der Zukunft ist unerlässlich. Hier ist die Einführung eines Klimafonds notwendig.

Forstwirtschaft sichern, forstliche Nachhaltigkeit und Multifunktionalität des Waldes gewährleisten

Der Wald in Sachsen-Anhalt hat Nutz-, Schutz- und Lebensraumfunktionen. Die drei Säulen forstlicher Nachhaltigkeit spiegeln diese seit 300 Jahren wider. Ökonomie, Ökologie und der soziale Aspekt von Wald- und Forstwirtschaft finden sich in der Nutzfunktion, mithin die wirtschaftliche Verfügbarkeit der Ressource Holz, der Schutzfunktion, also den Schutzwirkungen des Waldes für die Umweltmedien Wasser, Boden, Luft einerseits und biologische Vielfalt andererseits sowie der Lebensraumfunktion für Erholung, Informationspool und Arbeitsplätze wieder.

Um den Wald nachhaltig zu erhalten, bedarf es eines angemessenen Wildbestandes, der über die Jagd reguliert werden muss.

13. BUNDES- UND EUROPAANGELEGENHETTEN

Die Bedeutung des Föderalismus

Der Föderalismus spiegelt auf vielfältige Weise die Verbundenheit der Menschen mit ihrer Heimat wieder. Er hat sich als politische Organisationsform unseres Landes bewährt. Im Föderalismus stehen starke Länder für schwache ein. Wir wollen die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern nach dem Auslaufen des Solidarpakts II so ordnen, dass dieses Prinzip auch in Zukunft erhalten bleibt.

Der Länderfinanzausgleich bleibt ein wichtiges Instrument, um die Finanzkraftunterschiede der Länder solidarisch auszugleichen. Die gegenwärtigen Ausgleichsregelungen sind bis 2020 vereinbart. In der heutigen Ausgestaltung stehen Anreiz- und Ausgleichsfunktionen für Nehmer- und Geberländer nicht in Balance. Daher muss die Reform sowohl einen solidarischen und leistungsfähigen Ausgleich, als auch die Stärkung eines Anreizsystems nebeneinander beinhalten. Dies ist Voraussetzung für eine Verbesserung des wirtschaftlichen Wachstums und eröffnet die Chancen für eine größere finanzielle Selbstständigkeit der Länder.

Sachsen-Anhalt – eine Region mit Perspektive in und für Europa

Europa bedeutet für uns ein gemeinsames Wertefundament bestehend aus Demokratie, Freiheit und Menschenrechten. Die EU ist in erster Linie eine Idee für Frieden in einem geeinten Europa. Diese Bedeutung Europas sollte Grundlage des Handelns aller sein.

Das Subsidiaritätsprinzip gehört zu den Grundlagen gemeinsamer europäischer Politik. Übergeordnete Gemeinschaften sollen nur Aufgaben wahrnehmen, die die nachgeordnete kleinere Gemeinschaft nicht ebenso gut oder gar besser erfüllen kann. Die CDU Sachsen-Anhalt setzt sich kontinuierlich für die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips ein. Wir wollen damit unsere notwendigen regionalen Gestaltungsmöglichkeiten selbstbestimmt und eigenverantwortlich nutzen. Europa muss ein Europa der Regionen bleiben.

Sachsen-Anhalt ist heute ein moderner Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort mit europäischer Ausstrahlung. Wir setzen uns dafür ein, dass die Rahmenbedingungen im Land für die Nutzung des europäischen Wissenschafts- und Wirtschaftsraumes weiterhin verstärkt werden.

Sachsen-Anhalt hat mit seinen abwechslungsreichen naturräumlichen Bedingungen, seiner gut aufgestellten Wissenschaftslandschaft und attraktiven Voraussetzungen für Wirtschaftsunternehmen in zentraler Lage im europäischen Binnenmarkt viel zu bieten. Diese Stärken wollen wir in Europa sichtbarer machen.

Die Erweiterung Europas und partnerschaftliche Beziehungen

Die Wiedervereinigung Deutschlands und die europäische Einigung sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Mit dem Fall des eisernen Vorhangs in Europa konnte die Erfolgsgeschichte der Europäischen Gemeinschaft kontinuierlich fortgeschrieben werden und zahlreiche neue Mitgliedsstaaten in die Europäische Union aufgenommen werden.

Das Handeln der EU-Mitgliedsstaaten kann nur auf der Grundlage eines einheitlichen Wertegerüsts mit einheitlichen Regeln erfolgreich sein. Die CDU Sachsen-Anhalts begrüßt es, dass die Europäische Kommission und das Europäische Parlament aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt haben und heute konkreter und transparenter als jemals zuvor die Erfüllung der Eintrittsbedingungen bei den nun anstehenden Beitrittskandidaten überprüfen.

Mit den Ländern, die nicht aufgenommen werden können, wie z.B. der Türkei, wollen wir eine privilegierte Partnerschaft pflegen.

Die Entscheidung des Europäischen Parlamentes, z.B. Bildungsprogramme für diese Staaten zu öffnen, ist der richtige Weg.

Europa ist die Zukunft – Stärkung der Europäischen Austauschkultur

Da, wo Menschen in Europa sich in Beruf und Freizeit begegnen und voneinander lernen können, wächst Europa auf der Grundlage gemeinsamer Werte weiter zusammen. Die CDU Sachsen-Anhalt setzt sich für einen verstärkten Austausch und Partnerschaften zwischen Kommunen, Bildungseinrichtungen, Vereinen und Verbänden sowie für niedrigschwellige Sprachangebote in den Volkshochschulen ein. Wir wollen die europäische Idee der jungen Generation näher bringen, indem wir auf die bewährten Angebote des Schüler- und Jugendaustausches setzen.

Städtepartnerschaften sind für den Austausch zwischen den Regionen sehr wichtig. Es ist unser Anliegen, die Beziehungen zwischen Städten zu mehren und zu intensivieren. Dabei geht es nicht nur um die Anzahl der Partner, sondern auch darum, ob dieser Austausch mit Leben erfüllt wird.

Förderpolitik für eine erfolgreiche Entwicklung in Sachsen-Anhalt

Die Europapolitik hat einen wesentlichen Beitrag zur erfolgreichen Entwicklung des Landes Sachsen-Anhalt nach der Wiedervereinigung geleistet. Das Land hat sich zu einem modernen Wirtschaftsstandort entwickelt, in dem traditionelle Branchen wie Chemie und Maschinenbau sowie die Ernährungswirtschaft zukunftsfähige Arbeitsplätze bieten, und neue Branchen im Bereich der Erneuerbaren Energien, der höheren Ressourceneffizienz oder der Bioökonomie Eingang in den europäischen Markt gefunden haben. Die attraktive Wissenschaftslandschaft hat dazu beigetragen, dass sich wissenschaftliche Exzellenz aus Sachsen-Anhalt in wesentlichen europäischen Herausforderungen wie Gesundheit, Landwirtschaft, Umwelt, Informations- und Kommunikationstechnologien, Nanotechnologie, Schul- und Bildungsforschung sowie Sozialwissenschaften durchgesetzt hat.

Sachsen-Anhalt wird noch bis 2020 Transferleistungen aus den Strukturfonds erhalten. Die CDU Sachsen-Anhalt setzt sich verstärkt dafür ein, dass diese Mittel für die wirtschaftliche, soziale und nachhaltige Entwicklung des Landes eingesetzt werden, um noch bestehende Entwicklungshemmnisse abzubauen

und gleichzeitig neuen Herausforderungen wie dem demografischen Wandel begegnen zu können.

Dabei wird sich die CDU weiterhin für eine enge Verbindung von Wissenschaft und lokaler Wirtschaft einsetzen, um Produkt- und Prozessinnovationen als Triebfedern der Wirtschaft zu ermöglichen. Gleichzeitig wird es bei weniger werdenden Transferleistungen auf eine intelligente Konzentration der Mittel auf dynamische, innovationsaktive Wirtschaftsbranchen und Clusterpotentiale ankommen, um Vorteile für Sachsen-Anhalts Unternehmen im europäischen Wettbewerb zu schaffen.

Besonders für unsere Landwirtschaft ist die Europäische Gemeinsame Agrarpolitik sehr wichtig. Bei den anstehenden Reformen müssen gewachsene Strukturen berücksichtigt werden.

Die Lehren aus der Staatsschuldenkrise – solide Haushaltsführung ist unerlässlich

Die Staatsschuldenkrise in der EU ist eine Folge der Nicht-Einhaltung von Regeln bzw. der Aufweichung von vorher klar definierten Regeln. Sie ist allerdings auch ein Ergebnis einer mangelnden Aufsicht von EU-Institutionen über die Haushaltspolitik einiger Euro-Mitgliedsländer.

Wir werden weiterhin deutlich machen, dass Verschuldung niemals folgenlos bleibt und nur eine solide Haushaltspolitik zukunftsträchtig ist. Deshalb setzen wir uns weiter dafür ein, dass die Verletzung der vereinbarten Haushaltsregeln deutliche Konsequenzen z.B. durch den Verlust von nationalen Hoheitsrechten hat.

Herausgeber:

CDU-Landesgeschäftsstelle Sachsen-Anhalt Fürstenwallstr. 17 39104 Magdeburg

Tel.: 03 91- 5 666 8 10 Fax.: 03 91- 5 666 8 30

E-Mail: post@cdulsa.de

V.i.S.d.P. Mario Zeising, CDU-Landesgeschäftsführer

Druck: Druckhaus Schütze GmbH Fiete-Schulze-Str. 13a, 06116 Halle (Saale)



Kontakt:

Landesgeschäftsstelle der CDU Sachsen-Anhalt

Fürstenwallstrasse 17

Tel: 03 91-566 68 10 Fax: 03 91-566 68 30



